Stenographisches Protokoll.

53. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Mittwoch, den 14. September 1921.

Tagesordnung: 1. Bericht des Bundesministers für Finanzen. — **2.** Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend ein Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 1. Juli 1921 über die Führung des Bundeshaushaltes vom 1. Juli bis 31. Oktober 1921, B. G. Bl. Nr. 335, abgeändert wird (514 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 1999).

Angelobung des Abgeordneten Georg Hubmann (Seite 1999).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Zurückziehung des am 30. Mai 1921 gegen den Abgeordneten Zelenka und des am 8. Juni 1921 gegen den Abgeordneten Dr. Eisler gestellten Auslieferungsbegehrens des Strafbezirksgerichtes I in Wien (Seite 1999).

Burgenland.

Kundgebung des Präsidenten anläßlich der Ereignisse im Burgenlande (Seite 1999).

Zuschrift der Bundesregierung,

betreffend den Gesetzentwurf über die Mündelsicherheit der fünfprozentigen Teilschuldverschreibungen eines von der Stadtgemeinde Graz im Jahre 1921 aufzunehmenden Anlehens im Nennbetrage von höchstens 350,000.000 K (515 der Beilagen [Seite 1999]).

Vorlagen der Bundesregierung.

Zuweisungen:

1. 506 der Beilagen an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht (Seite 2031);

2. 504, 505, 507, 510, 512 und 515 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 2031);

3. 509 der Beilagen an den Justizausschuß (Seite 2031).

Verhandlungen.

Bericht des Bundesministers für Finanzen (Redner: Bundesminister für Finanzen Dr. Grimm [Seite 2000]).

Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend ein Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 1. Juli 1921 über die Führung des Bundeshaushaltes vom 1. Juli bis 31. Oktober 1921, B. G. Bl. Nr. 335, abgeändert wird (514 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Gürtler [Seite 2007 und 2029], Bundeskanzler Schober [Seite 2009], die Abgeordneten Dr. Ellenbogen [Seite 2010], Kollmann [Seite 2015], Größbauer [Seite 2019], Kraft [Seite 2020], Czernin [Seite 2023 und 2030], Eldersch [Seite 2026], Buchinger [Seite 2029] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 2030]).

Ausschüsse.

Zuweisungen:

1. 439 der Beilagen an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht (Seite 2031);
2. 432, 433, 434, 438, 459, 463, 466, 484, 485, 486, 499, 500, 501, 502 und 503 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 2031);
3. 483 der Beilagen an den Justizausschuß (Seite 2031);
4. 497 der Beilagen an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft (Seite 2031);
5. 460 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (Seite 2031);
6. 498 der Beilagen an den Ausschuß für Verkehrswesen (Seite 2031);
7. 435, 436, 437, 461 und 462 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 2031).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. des Abgeordneten Pauly und Genossen, betreffend eine Novellierung des Valutenumsatzsteuergesetzes (516 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Rudel-Zeynek, Dr. Gürtler, Partik und Genossen, betreffend Bestrafung des Kettenhandels mit Eisenbahnfahrkarten (517 der Beilagen);
3. des Abgeordneten Buchinger und Genossen, betreffend Abänderung der §§ 269 und 269 a des Personalsteuergesetzes (518 der Beilagen).

Anfragen

1. des Abgeordneten Weigl und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend die Sträflingsrevolte in Stein an der Donau (Anhang I, 180/I);
2. der Abgeordneten Spalowsky, Volker und Genossen an den Bundesminister für Verkehrswesen, betreffend die Beleuchtung der Eisenbahnwaggons III. Klasse der Bundesbahnen (Anhang I, 181/I);
3. der Abgeordneten Dr. Zeidler, Dr. Jerzabek, Dr. Ursin, Johann Gürtler und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die Zählung der Juden auf Grund der Rassenzugehörigkeit anläßlich der kommenden Volkszählung (Anhang I, 182/I);
4. der Abgeordneten Dr. Ursin, Dr. Schürff und Genossen an den Bundesminister für Heereswesen, betreffend die Übergriffe der Wehrmacht in Melk anläßlich der Tagung der deutschvölkischen Jungmannschaft am 27. und 28. August 1921 (Anhang I, 183/I);
5. der Abgeordneten Dr. Schmidt, Kraft und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend die Einklagung der belehnten Kriegsanleihen in Deutschsüdtirol durch die Zweigstellen der Wiener Bankinstitute (Anhang I, 184/I);
6. der Abgeordneten Dr. Jerzabek, Wunsch und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Maßnahmen gegen das Treiben an der Wiener Effektenbörse (Anhang I, 185/I);

7. der Abgeordneten Allina, Schiegl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die Sicherung der Existenz der Bediensteten der Notenbank (Anhang I, 186/I);

8. der Abgeordneten Tomschik, Dr. Renner und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend Gewalttätigkeiten einiger Gendarmen des Kommandos am Exelberg bei Wien (Anhang I, 187/I).

Zur Verteilung gelangen am 14. September 1921:

die Regierungsvorlage 512 der Beilagen;

die Anfragebeantwortungen 64, 65, 66 und 67;

der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses 514 der Beilagen;

die stenographischen Protokolle 49, 50 und 51;

der Antrag 513 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. **Weiskirchner**, zweiter Präsident **Seitz**, dritter Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Sever**.

Bundeskanzler und Leiter des Bundesministeriums für Äußeres: **Schober**.

Vizekanzler und Leiter der Angelegenheiten des Unterrichtes und des Kultus: **Breisky**.

Bundesminister: Dr. **Waber** für Inneres und Unterricht, Dr. **Grimm** für Finanzen, Dr. **Pauer** für soziale Verwaltung, Dr. **Grünberger** für Volksernährung, Dr. **Hennet** für Land- und Forstwirtschaft, Dr. **Kodler** für Verkehrswesen, Dr. **Paltauf** für Justiz, **Ungerer** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Vaugoin** für Heereswesen.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 2. d. M. ist in der Kanzlei zur Einsicht aufgelegen, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Dem Herrn Abgeordneten Unterkirchner habe ich einen sechstägigen Urlaub erteilt.

Ihre Abwesenheit haben entschuldigt die Abgeordneten Dr. Adler, Fischer und Fink. Krank gemeldet ist der Abgeordnete Otto Mayr.

Der für den 24. Wahlkreis in Kärnten einberufene Ersatzmann Georg Hubmann ist heute im hohen Hause erschienen und wird die Angelobung leisten. Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Angelobungsformel zu verlesen.

(Schriftführer Sever verliest die Angelobungsformel.)

Präsident: Nunmehr ersuche ich den Herrn Abgeordneten Hubmann, die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe" zu leisten.

Abgeordneter **Hubmann**: Ich gelobe!

Präsident: Das Strafbezirksgericht I in Wien hat das am 30. Mai 1921 gegen den Herrn Abgeordneten Franz Zelenka und das am 8. Juni 1921 gegen den Herrn Abgeordneten Dr. Arnold Eisler gestellte Auslieferungsbegehren zurückgezogen.

Ich werde den Verfassungsausschuß hievon verständigen, der sich daher mit diesen Angelegenheiten nicht weiter zu befassen haben wird.

Vom Herrn Bundesminister für Finanzen ist eine Zuschrift eingelangt, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer **Sever** *(liest)*:

„Auf Grund der mir im Zirkulationswege erteilten Ermächtigung der Bundesregierung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über die Mündelsicherheit der 5prozentigen Teilschuldverschreibungen eines von der Stadtgemeinde Graz im Jahre 1921 aufzunehmenden Anlehens im Nennbetrage von höchstens 350,000.000 K *(515 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 14. September 1921.

Der Bundesminister für Finanzen:

Grimm."

Präsident: Diese Vorlage wird in Druck gelegt, verteilt und der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Hohes Haus! Seit unserer letzten Zusammenkunft haben sich an den östlichen Grenzen der Republik und in dem uns vertragsmäßig zugesprochenen Burgenlande Ereignisse zugetragen, welche wir vom Standpunkte des schwer verletzten Völkerrechtes und der Völkermoral bedauern, welche aber auch für uns tief beklagenswerte Opfer im Gefolge hatten.

Wir danken aus ganzem Herzen unseren Gendarmen und der Finanzwache für die getreue, hingebungsvolle Diensterfüllung *(die Versammlung erhebt sich)*, wir danken der Wehrmacht für die opferbereite mutige Verteidigung unserer heimatlichen Scholle. Sicherheitsorgane und Soldaten haben sich den Dank des Vaterlandes verdient. Mit tiefer Trauer gedenken wir der Gefallenen und werden uns der Pflicht nicht entziehen, für ihre Hinterbliebenen zu sorgen; den Verwundeten wünschen wir baldige und vollständige Genesung.

Ich gebe der sicheren Erwartung Ausdruck, daß Recht und Wahrheit siegen werden und daß ich die Burgenländer bald als unsere treuen Bundesbrüder begrüßen kann. *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Wir gelangen nunmehr zur Tagesordnung.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Bundesministers für Finanzen.

Ich erteile dem Herrn Bundesminister Dr. Grimm das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Grimm:** Hohes Haus! Bevor ich in den Gegenstand des ersten Punktes der Tagesordnung, in den eigentlichen Bericht über meine Reise, eingehe, muß ich auf die Vorgeschichte der Kreditaktion zurückgreifen. Hier möchte ich zunächst daran erinnern, daß nach dem Zustandekommen des Vertrages von Saint-Germain, also vor mehr als zwei Jahren, die allgemeine Meinung dahin ging, daß der österreichische Staat als solcher, abgeschnitten von allen seinen Hilfsquellen, unfähig sei, seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau ausschließlich aus eigener Kraft einzuleiten und durchzuführen, und daß es nur zwei Wege gebe, entweder den Anschluß an ein großes Wirtschaftsgebiet oder ausgiebige materielle und moralische Förderung seitens der siegreichen Mächte. Meine Herren und Damen! Auf die Gründe, warum der erste Weg damals als nicht gangbar erkannt wurde, brauche ich heute nicht einzugehen — genug, es hat damals die Wiener Sektion der Reparationskommission im Einvernehmen und im Einverständnisse mit der damaligen Regierung den zuverlässigen Weg zu unserem Wiederaufbau nur in langfristigen Regierungskrediten der alliierten Mächte erblickt.

Die Reparationskommission hat einen Plan ausgearbeitet, der sicher seinen Zweck erreicht hätte.

Wie die Herren wissen, hat aber die Pariser Konferenz im Jänner dieses Jahres diesen Sanierungsplan abgelehnt und uns auf den Weg privater Kredithilfe verwiesen.

Dieser letztere Weg fand — wenigstens in großen Umrissen — eine konkretere Gestaltung in dem, wenn sich die Herren erinnern, seinerzeit viel besprochenen Loucheur-Projekt, einem Projekte, das aber sowohl von der österreichischen Regierung als auch von der Öffentlichkeit damals ziemlich skeptisch beurteilt wurde, übrigens auch an der ablehnenden Haltung der ausländischen Bankinstitute gescheitert ist, weil ihnen dieses Projekt, ohne Garantie der alliierten Regierungen — und diese ist damals nicht zustandegekommen — riskant erschien.

So war die Situation, als die damalige Regierung beschloß, im Wege einer persönlichen Vorsprache in London auf eine Änderung der Auffassung der Alliierten, auf eine Beschleunigung hinzuarbeiten.

Diese Intervention hatte nun tatsächlich den Erfolg, daß der Oberste Rat damals, im März, in London dem Finanzkomitee des Völkerbundes die Aufgabe übertrug, im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung ein Sannierungsprogramm auszuarbeiten, und ich kann nur sagen, daß die damalige Regierung und wohl auch ein großer Teil der Öffentlichkeit diesen Beschluß des Obersten Rates sehr begrüßt hat, begrüßt deswegen, weil leider bei der — ich kann es ja sagen — Ungangbarkeit anderer, unserem Volksbewußtsein näherliegenden politischen Möglichkeiten der Oberste Rat hier wenigstens den ernsten Willen gezeigt hat, zu unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit beizutragen, und weil schon damals der Oberste Rat den Beschluß gefaßt hat, uns von den schweren Lasten der Artikel 197 und 200 des Friedensvertrages, von dem Generalpfandrecht zu befreien — das ist nach meiner Ansicht überhaupt der Hauptpunkt der Völkerbundhilfe als solche — und schließlich auch deswegen, weil schon damals in London der Gedanke Platz gegriffen hat, daß es sich hier nicht um auswärtige Hilfe allein handelt, sondern daß diese nur als Unterstützung der eigenen Anstrengungen Österreichs, seiner staats- und volkswirtschaftlichen Situation, daher auch unter weitestgehender Aufrechterhaltung unserer staatsrechtlichen Autorität gedacht war.

Ich betone dies schon hier und es wird sich auch weiter zeigen, daß keineswegs die Regierung ausschließlich in ausländischer Hilfe ohne eigene Tätigkeit das Heil Österreichs erblickt hat, sondern daß auch sie nur der schon früher eingewurzelten allgemeinen Auffassung, daß In- und Ausland sich zum Wiederaufbau Österreichs vereinigen müssen, beigetreten ist und sie fortgeführt hat.

Das Sanierungs- und Finanzprogramm, das nun die Delegierten des Finanzkomitees — denen wir für ihre einsichtige und aufopfernde Tätigkeit nicht genug danken können — im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung ausgearbeitet haben, und das nicht nur die, allerdings durch Vorbehalte eingeschränkte, prinzipielle Zustimmung der Parteien des österreichischen Nationalrates, sondern auch jene des Finanzkomitees selbst und vor kurzem die solenne Genehmigung des Obersten Rates gefunden hat, stellt als Voraussetzung für die Erreichung fremder Anleihen zwei Vorbedingungen auf, nämlich:

Die Suspendierung des auf den eigenen Hilfsquellen Österreichs für Hilfskredite und Reparation lastenden Generalpfandrechtes für wenigstens zwanzig Jahre durch sämtliche beteiligte Staaten, und

die Ergreifung der nachdrücklichsten Maßnahmen durch Österreich selbst zur Verbesserung seiner inneren finanziellen Lage.

Über ausdrücklichen Wunsch der österreichischen Regierung hat das Finanzkomitee auch anerkannt und in das Programm aufgenommen, daß zur Deckung der Bedürfnisse der Übergangsperiode bis zu dem Zeitpunkte, wo die Erträge der größeren Finanztransaktionen verfügbar sein werden, die

Gewährung von Vorschüssen vonnöten seien. In dem wohl allgemein bekannten Berichte der Delegierten des Finanzkomitees ist nun ausdrücklich betont, daß auch diese Vorschüsse — gegen pfandrechtlich sichergestellte Ter-Meulen-Obligationen — von der Aufschiebung des Generalpfandrechtes durch die interessierten Regierungen abhängig sind.

Wenn nun auch — wie übrigens aus dem gleichen Berichte zu entnehmen ist — diese Vorschüsse in einem für die Aktivierung des Programmes während mehrerer Monate genügenden Ausmaße — es wurde die Summe von 5 Millionen Pfund festgestellt — sichergestellt sind, so konnte doch die Regierung und die mit diesen Tatsachen durch die Enunziationen der Regierung und durch die Presse vertraute Öffentlichkeit keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß auch die Flüssigmachung dieser Vorschüsse eben davon abhängt, daß das Generalpfandrecht auf die österreichischen Aktiven allgemein zurückgestellt wird. Mit einer früheren Flüssigmachung dieser Vorschüsse hat die Regierung nie gerechnet, hat sie auch nicht beansprucht, und zwar um so weniger, da sie mitwirkend an dem Finanzprogramm die grundsätzlichen Voraussetzungen dieser auf Grund des international anerkannten Kreditschemas zu gewährenden Vorschüsse gekannt hat.

Alle Kommentare also, welche die Reise des Finanzministers damit begründeten, daß es sich um die Erwirkung einer vorzeitigen Flüssigmachung dieser Vorschüsse — also noch vor der Pfandrechtsaufschiebung — handle, mußten daher oder haben bewußt die Öffentlichkeit irregeführt und haben an die Reise Erwartungen knüpfen lassen, für die jede Absicht und Grundlage mangelte und daher von vornherein unerfüllbar waren.

Meine Damen und Herren! Und nun komme ich zu dem eigentlichen Rechtfertigungsberichte für diese Reise zurück und beschränke mich auf diesen Bericht.

Diese Reise hatte zunächst lediglich den Zweck, über Einladung des Finanzkomitees des Völkerbundes in Paris zu einer Besprechung über die Fortführung der Aktion, insbesondere darüber zusammenzutreten, ob es — wie das Finanzkomitee der Ansicht war — nicht zweckmäßig wäre, wenn eine österreichische Delegation in Washington wegen Beschleunigung der Pfandrechtsaufschiebung durch Amerika interveniere und im Wege unmittelbaren Kontaktes mit den dortigen maßgebenden Kreisen etwa noch erforderliche Aufschlüsse über die wirtschaftliche und finanzielle Situation Österreichs gebe.

Das nicht gerade rasche Tempo, in welchem die beteiligten Staaten auf den Appell des Finanzkomitees reagierten, ist ja sehr zu bedauern, da dadurch das Einsetzen der Kreditaktion und der Vorschüsse verzögert und die Schwierigkeiten des österreichischen Problems gesteigert werden.

Es zeigt nun von der besonderen Aufmerksamkeit, die das Finanzkomitee, das auch mit anderen, noch größeren finanziellen Fragen beschäftigt ist, gerade dem österreichischen Problem widmet, daß es die österreichische Regierung davon in Kenntnis gesetzt hat, daß fast alle Staaten, abgesehen von Amerika, der Aufschiebung des Pfandrechtes zugestimmt haben, was aber Amerika anlange, sei zur formellen Zustimmungserklärung Amerikas, entgegen der ursprünglichen Auffassung, ein Akt des amerikanischen Kongresses notwendig geworden; ein solcher sei allerdings in Vorbereitung, da dem Kongresse eine diesbezügliche Bill bereits vorliege. Da diese jedoch nicht ausdrücklich Österreich betreffe, sondern alle, auch die kriegführenden Großstaaten, welche amerikanische Kredite in Anspruch genommen haben, und sich aus diesem Grunde vielleicht die Verhandlung der Bill verzögern könne, so sei eine Einflußnahme an Ort und Stelle und ein Hinweis auf die besondere Dringlichkeit für Österreich nicht von der Hand zu weisen.

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Delegierten des Finanzkomitees, Sektionschef Ries-Hansen, bin ich und als Bankfachmann Generalrat Dr. Rosenberg von der Anglobank nach Paris abgereist.

Aus einem anderen, nicht unmittelbar mit der Kreditaktion zusammenhängenden Motiv kam mir die Einladung nach Paris nicht unwillkommen.

Uns zugekommenen Informationen zufolge sollten nämlich von den seinerzeit für die notleidenden Staaten bestimmten Relieffondskrediten gewisse Teile noch nicht verausgabt gewesen sein, und es lag daher nahe, dies durch Besprechung mit Regierungsfaktoren, speziell mit englischen Delegierten, in Paris festzustellen und, wenn möglich, die Flüssigmachung eines Teiles dieser Beträge für Österreich zu erwirken und damit unserer finanziellen Situation, die infolge der schon damals im Juli und August panikartig aufgetretenen Preissteigerung der ausländischen Valuten sich sehr verschlechtert hatte, bis zum Einsetzen der Hilfsaktion eine gewisse Erleichterung zu verschaffen.

Dies waren also die Gründe — der eine der formelle, eigentliche, der andere der Nebengrund —, warum die Reise nach Paris überhaupt angetreten wurde.

In Paris hatte ich zuerst Gelegenheit, in Besprechungen mit dem wirtschaftlichen Staatssekretär im Ministerium des Äußern Conte Peretti und dem Leiter der Wirtschaftssektion Exzellenz Seydoux deren Ansichten über das Gelingen der Völkerbundsaktion zu hören, und ich kann nur sagen, daß sie bei dem betätigten ernsten Willen Österreichs, durch innere Maßnahmen dem Anwachsen unseres Budgetdefizites zu begegnen, die Aussichten durchaus günstig beurteilten.

Ich darf hier beifügen, daß gerade den beiden Herren ein großes Verdienst darin zuzuschreiben ist, daß der Oberste Rat in Paris den Antrag des Finanzkomitees bezüglich der Völkerbundhilfe auch tatsächlich in solenner Form genehmigt hat.

Auch kann ich — um Wiederholungen zu vermeiden — schon hier hervorheben und nachdrücklich betonen, daß überall, wo wir verhandelt haben, in Paris, London, Genf, und bei allen Stellen, wo wir vorsprachen, das energische Bestreben des österreichischen Nationalrates und der Regierung, durch innere Maßnahmen auf die Erzielung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte hinzuarbeiten, nicht nur voll anerkannt, sondern — zum Teile spontan — als beispielgebend, ja von einer Persönlichkeit sogar als „bewunderungswürdig" bezeichnet wurde — ein Zeichen, daß die an unserem Wiederaufbau mitinteressierten Staaten unsere Verwaltungstätigkeit doch genauer verfolgen als wir angenommen haben.

Die Konferenzen mit den in Paris anwesenden Herren des Finanzkomitees des Völkerbundes sowie mit dem Vertreter Amerikas bei der Reparationskommission, Mister Boyden, führten zu dem Ergebnisse, daß eine persönliche Intervention österreichischer Delegierter in Amerika von den französischen und englischen Vertretern — Mister Boyden hat sich naturgemäß reserviert verhalten — als im Interesse Österreichs gelegen bezeichnet wurde, daß es aber Österreich überlassen bleiben müsse, hier die Initiative zu ergreifen und seinem Delegierten die Aufgabe zu stellen, bei den maßgebenden Faktoren in Washington entweder die baldige Verabschiedung der früher erwähnten generellen Bill oder — wenn dies nicht möglich wäre — die Ausscheidung Österreichs aus der allgemeinen Bill und Behandlung in einem speziellen Gesetzentwurf zu erreichen. Ob die Reise zu einem Erfolge führen werde, müsse allerdings dahingestellt bleiben, jedenfalls habe aber Österreich dann keinen Schritt unversucht gelassen, seine Angelegenheit auch selbst zu vertreten und zu fördern.

In den wiederholten Besprechungen mit den Delegierten des Finanzkomitees, insbesondere Mister Avenol, Generalsekretär Monet, dem englischen Sekretär Mister Nixon und anderen wurde natürlich auch der Stand der Kreditaktion, ihre Aussichten trotz des Fortschreitens der Entwertung der österreichischen Krone erörtert und haben wir in Paris durchwegs die Versicherung erhalten, daß die Kreditaktion von den damit befaßten Persönlichkeiten nach wie vor als aussichtsreich gehalten werde, da die Grundlagen für den Wiederaufbau Österreichs in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung sowie in dem eigenen Willen des österreichischen Parlamentes vollauf gegeben seien.

Die nach genereller Aufschiebung des Pfandrechtes flüssig zu machenden Vorschüsse seien als gesichert anzusehen, nur müsse getrachtet werden, eine längere Verzögerung der Zustimmung Amerikas zur Pfandrechtsaufschiebung hintanzuhalten — und das müsse eben der Zweck der Reise nach Amerika sein —, da sonst eventuell neue Verhandlungen wegen Bereitstellung dieser Vorschüsse, die die Angelegenheit verzögern könnten, notwendig werden könnten.

Wenn der amerikanische Kongreß — so wurde uns mitgeteilt — seine Zustimmungserklärung rasch abgebe, so könnten die Vorschüsse noch im Oktober tatsächlich flüssig gemacht werden.

Was die Frage der Bereitstellung von Beträgen aus dem Relieffonds anlangt, so haben wir in Paris die Auskunft erhalten, daß diese Beträge — soweit solche überhaupt noch vorhanden seien — nicht mehr zur Verausgabung gelangen können, da die gebotene und von der englischen Öffentlichkeit mit allem Nachdruck vertretene Ersparungstendenz die englische Regierung — nur dort kämen solche Kredite in Frage — zur Rückhaltung auch präliminierter Beträge dränge.

Die weitere Verfolgung dieser Frage hat uns nun über telephonische Einladung des englischen Finanzministeriums nach London geführt, wo wir in Abwesenheit der obersten Funktionäre mit dem Staatssekretär im englischen Finanzministerium und gleichzeitig Delegierten im Völkerbund Sir Basil Blackett, dem Vizegouverneur der Bank von England Mister Trotter, dem Verwaltungsrat dieser Bank, dem auch in Wien bekannten Spencer-Smith, mit Sir Drumond Fraser und einigen anderen einflußreichen Persönlichkeiten, darunter auch Amerikanern, Fühlung genommen haben.

Hohes Haus! Ich kann nur neuerlich feststellen, daß wir auch diesmal in London den allerbesten Eindruck von der österreich-freundlichen Haltung der maßgebenden englischen Kreise gewonnen haben.

Wenn uns allerdings auch Sir Basil Blackett die schon in Paris erhaltene Mitteilung über die Absicht der englischen Regierung, die Relieffkreditreste, die übrigens nicht bedeutend seien — wir haben angenommen, daß ein Betrag von 4 Millionen Pfund noch unverbraucht sei, von dem wir eben einen Teil in Anspruch nehmen wollten — nicht mehr zu verausgaben, unumwunden bestätigte, so erkannte er doch voll an, wie ungemein wertvoll es für die unverschuldete Verschlimmerung der finanziellen Lage in Österreich und für das sichere Gelingen der Kreditaktion wäre, wenn Österreich bis zur Aufschiebung des Generalpfandrechtes zwischenweilige Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten.

Die englische Regierung sei allerdings außerstande, mit Rücksicht auf ihre bisherigen Leistungen

für Österreich und die innerpolitische Situation hier initiativ vorzugehen, er werde diese Frage aber in den nächsten Tagen in Genf vorbringen, wo wir eventuell auf der Rückreise unsere Sache selbst vertreten könnten.

Was die früher genannten Funktionäre der Bank von England betrifft, so erklärten sie sich in voller Würdigung unserer Argumente bereit, sich nicht nur in Amerika über den Stand der Aufschiebung des Pfandrechtes zu informieren und die baldige Erledigung zu unterstützen, sondern auch unseren Wunsch nach Bereitstellung zwischenweiliger Mittel in irgendeiner Form bei der englischen Regierung zu unterstützen — eine überaus wertvolle Zusage bei dem Gewicht und der Stellung der Bankleitung im finanziellen Verwaltungsorganismus Englands und bei der wirklich guten und freundlichen Auffassung, die gerade in den Kreisen der Bank von England gegen Österreich herrscht. Die Herren haben ihre Zusage auch erfüllt, und sie konnten uns schon am zweitnächsten Tage die Mitteilung machen, daß die eingeholten Nachrichten aus Amerika über den Stand unserer Angelegenheit sehr günstig seien, und daß wir auch Gelegenheit haben werden, die weitere von uns angeschnittene Frage, die sie auch mit der englischen Regierung inzwischen besprochen hatten, in Genf selbst voraussichtlich mit Erfolg zu erörtern. Einer nach London gerichteten direkten Einladung des Finanzkomitees folgend, nahmen wir unseren Rückweg über Genf, wo wir uns länger, als eigentlich beabsichtigt, aufhalten mußten, da wir wiederholte Einzelkonferenzen mit führenden Persönlichkeiten des Völkerbundes, insbesondere dem Präsidenten des Finanzkomitees Sir Henry Strakosch, dann außer den früher schon genannten Mitgliedern des Finanzkomitees auch mit Herrn Ter Meulen und dem schwedischen Vertreter Herrn Wallenberg, dann im Finanzkomitee selbst zu halten in der Lage waren.

Als Ergebnis dieser Genfer Besprechungen darf ich zusammenfassend erklären: Die wirtschaftliche und finanzielle Situation Österreichs wird objektiv dahin beurteilt, daß die Bedingungen für eine selbständige Existenzmöglichkeit Österreichs als gegeben anzusehen sind.

Angenommen wurde, daß im Sinne meiner Darlegungen Volksvertretung und Regierung bestrebt sind, die Beziehungen zu den Nachfolgestaaten in der Richtung weitester Verkehrsfreiheit herzustellen, die innere Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Hauptursachen unserer staatsfinanziellen Belastung — insbesondere auch durch planmäßigen, sukzessiven Abbau übergroßer Personalstände — allmählich zu beseitigen.

Es wurde selbstverständlich auch die Abbaumöglichkeit anderer großer Abbaukosten erörtert, insbesondere die sukzessive Einstellung unserer Post der Lebensmittelsubsidien. Ich war dort wenigstens in der Lage, darauf hinzuweisen, daß wir schon durch die Fettpreiserhöhungen, durch die Einschränkung der Fleischverbilligungen und durch das im Werden begriffene, mit 1. Oktober in Kraft tretende Staffelungsgesetz einen energischen Schritt unternommen haben. Meine Herren! Es ist das natürlich nicht der Schluß — es wurde weiter darüber nicht gesprochen —, die Regierung wird und muß in dieser Beziehung noch weitere energische Schritte vorschlagen.

Das Ergebnis meiner Darlegungen und Besprechungen geht dahin, daß von allen Kreisen die Kredithilfsaktion als unverändert aussichtsreich bezeichnet werden müsse.

Zur rechtzeitigen Flüssigmachung der bisher gesicherten Vorschüsse sei die baldige generelle Aufschiebung der Pfandrechte notwendig und es wird daher die Entsendung einer österreichischen Delegation nach Washington dringend angeraten.

Es war endlich in Genf die allgemeine Anschauung, daß mit Rücksicht auf die seit Aufstellung des Finanzprogramms eingetretene weitere Entwertung der österreichischen Krone die Bereitstellung zwischenweiliger Mittel im unbedingt nötigen Ausmaße — für die hoffentlich kurze Spanne Zeit, die wir bis zur Aufschiebung des Generalpfandrechtes zu warten haben, haben wir einen Betrag als einen Teil der Reliefkredite von ungefähr zwei Millionen Pfund angesprochen — eine wesentliche Erleichterung für unsere finanzielle Situation bedeuten würde. Allerdings ist das Finanzkomitee der Ansicht, daß eine solche Vorsorge über die Aufgaben des Finanzkomitees hinausgeht. Trotzdem haben sich die einzelnen Mitglieder des Finanzkomitees verpflichtet, bei der französischen und englischen Regierung Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Meine Herren! Diese Schritte sind auch unternommen worden. Wie mir am letzten Tage meiner Anwesenheit in Genf mitgeteilt wurde, ist noch während unseres dortigen Aufenthaltes von seiten des Vertreters der französischen Regierung bei der englischen Regierung in diesem Sinne angefragt worden und es ist ein günstiger Erfolg dieser Anfrage zu erwarten. Ich kann beifügen, daß auch die Regierungsdelegierten anderer Staaten bei der Völkerbundtagung Exzellenz Hanottaux, Balfour und Fisher über Anregung unseres Delegierten Mensdorff für die Bereitstellung zwischenweiliger Kredite regierungsseitig ebenfalls interveniert haben.

Das ist das Um und Auf, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und Gespräche, die wir in Paris, London und Genf geführt haben. Ich habe sie Ihnen mitgeteilt, um Ihnen eine möglichst unmittelbare Anschauung von der Lage der Dinge zu vermitteln. Als Ergebnis dieser Reise, die ja eigentlich nur über Einladung des Völkerbundes

zur Besprechung der Frage, ob in Amerika eine unmittelbare Intervention zweckmäßig sei, unternommen wurde, werte ich ganz besonders den Umstand, daß wir über die Auffassung auch aller übrigen Kreise und maßgebenden und führenden Persönlichkeiten volle Klarheit gewonnen haben, Klarheit darüber, daß sie sich mit den Auffassungen jener Persönlichkeiten, mit denen wir hier in Wien die Verhandlungen geführt haben, vollkommen decken. Wir haben auch volle Klarheit über den gegenwärtigen Stand der Aktion gewonnen, und es ist uns endlich gelungen, auch für diese zwischenweiligen Kredite die maßgebenden Kreise zu interessieren und sie zu veranlassen, energische Schritte zu unternehmen. Ich muß sagen, daß ich bei dieser Gelegenheit gesehen habe und es auch nicht unterschätzt wissen möchte, daß es immer zweckmäßig ist, in jenen Kreisen, welche sich seitens der übrigen Staaten mit unserer Frage beschäftigen, unsere finanzielle und wirtschaftliche Situation, unsere ganze Lage wiederholt zu besprechen und das Interesse für diese Sache in jenen Kreisen, die sich ja auch mit anderen, für sie weit wichtigeren Problemen zu beschäftigen haben, immer wieder wachzuhalten.

Was den augenblicklichen Stand der Kreditaktion betrifft, möchte ich zusammenfassend betonen, daß die Angelegenheit im ganzen durchaus günstig steht. Sämtliche beteiligte Faktoren, also nicht allein das Finanzkomitee des Völkerbundes und das Plenum des Völkerbundes selbst, sondern auch die Regierungen der beteiligten Großmächte stehen völlig auf dem Boden des vereinbarten Sanierungsprogramms und halten dessen Durchführung für notwendig.

Sozusagen alle Staaten, welche aus dem Friedensvertrag und aus den Hilfskrediten allgemeine Pfandrechte auf unsere Aktiven besitzen, haben in die Rückstellung dieser Pfandrechte gewilligt und damit die Hauptbedingung für die praktische Ausführung des Programms erfüllt. Was noch in dieser Beziehung, abgesehen von Amerika, fehlt, ist unerheblich und kann an sich die Aktion nicht aufhalten. Was aber Amerika anlangt, so ist zwar an dem Wohlwollen der maßgebenden amerikanischen öffentlichen Faktoren an einem Österreich günstigen Kongreßbeschlusse nicht zu zweifeln, und Amerika wird gewiß formell das seinige dazu beitragen, um die Vorbedingungen der Aktion zu schaffen, aber vorderhand muß damit gerechnet werden, daß der Kongreß erst am 21. September zusammentritt, also überhaupt erst nach diesem Zeitpunkte der formelle Beschluß gefaßt werden kann. Von seiten aller Regierungen und selbstverständlich auch von seiten der österreichischen Regierung werden alle Schritte unternommen werden, um die Verhandlungen und den Beschluß zu beschleunigen.

Nebenher laufen die Bemühungen des Finanzkomitees des Völkerbundes und der Regierungen, im Hinblick auf die Dringlichkeit der Lage und die wohl kaum zu bezweifelnde Art der Schlußfassung Amerikas schon vorher Anzahlungen auf die uns in Aussicht gestellten Kredite flüssig zu machen, was nicht nur unsere Lage wesentlich verbessern wird, sondern zugleich ein Beweis dafür ist, wie ernst die Kreditaktion dort aufgefaßt wird.

Dies ist, ohne jede Beschönigung, der momentane genaue Stand der Kreditangelegenheit, und ich muß sagen, er bietet in keiner Beziehung Anlaß zur Beunruhigung oder gar zu Pessimismus. Leider allerdings beschäftigt sich die Öffentlichkeit seit geraumer Zeit mit der Kreditaktion in einer Weise, die überaus schädlich, ja gemeingefährlich ist und die ich nur mit dem tiefsten Bedauern verzeichnen kann.

So hat man meine Reise, ihre Absichten und die sich daran knüpfenden Möglichkeiten geflissentlich so kommentiert, als hänge von ihr die ganze Kreditaktion, das Schicksal der Valuta, ja das Wohl und Wehe unserer ganzen Finanzen und des Staates ab. Anstatt in meiner Reise, selbst wenn man von der Einladung und dem ursprünglichen Zwecke nichts gewußt hätte, einfach eine pflichtgemäße Bemühung der Regierung zu sehen, die wichtigen Verhandlungen an Ort und Stelle weiterzuführen und durch authentische Informationen und Darlegungen das möglichste zur Beschleunigung und Weiterführung der Aktion zu tun, ist versucht worden, die breitesten Volksschichten in die verderbliche und verwerfliche Valutaspekulation dadurch einzubeziehen, daß man die allgemeine öffentliche Aufmerksamkeit auf das Eintreffen oder Nichteintreffen meiner Berichte oder Mitteilungen zu konzentrieren versucht hat, die Regierungsorgane fast stündlich um Bulletins über den Stand der Sache bestürmte und jedes Wort der offiziellen Mitteilungen oder der unoffiziellen Auskünfte weitläufig und auf das tendenziöseste kommentiert hat. Meine Herren! Ich kann leider nichts tun, als dieses Verfahren öffentlich zu brandmarken und die Bevölkerung zu ersuchen, diese Art, öffentliche lebenswichtige Dinge zu behandeln, nach Gebühr einzuschätzen und sich an die Wahrheit zu halten, die in den Erklärungen der Regierung öffentlich mitgeteilt wird.

Meine Damen und Herren! Die gegenwärtige Regierung hat von Anfang an die Realisierung des Programms des Völkerbundes zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Aktionen gemacht, da sie selbstverständlich jeden von den Großmächten ausgehenden, unserer Selbständigkeit wahrenden Versuch, das in Saint-Germain gegebene Versprechen zu erfüllen und die Lebensfähigkeit des neuen Österreich sicherzustellen, pflichtgemäß mit allen Kräften unterstützen muß.

Es ist aber verfehlt, der Regierung unterzuschieben, sie habe in der Erlangung dieser ausländischen Kredite das Um und Auf der Finanzpolitik erblickt, so daß ein Verzögern oder gar ein Ausbleiben der Kredithilfe auch sozusagen den Bankerott der Finanzpolitik der Regierung bedeuten müßte. Eine solche Auffassung ist tendenziös und ich muß sie — nicht etwa im Interesse der Regierungspolitik, sondern ganz besonders im Hinblick auf die unheilvollen Folgen beklagen, die sie für unsere Valuta, für unser Volksvermögen, für die staatlichen Finanzen, ja unmittelbar für das Sanierungsprogramm selbst, haben muß.

Wir stehen gewiß fest auf dem Boden des Programms des Völkerbundes, sind jedoch der Überzeugung, daß, wenn dieses Schema in dieser Form aus irgendwelchen formellen oder materiellen Gründen nicht sollte verwirklicht werden können, die internationale Hilfe in einer anderen Form von uns beansprucht werden kann und auch gewährt werden muß. Ich betone aber gleich wieder, daß derzeit auch nicht das geringste Anzeichen dafür vorhanden ist, welches zu zweifeln an der Ausführung dieses Planes Anlaß geben könnte.

Meine Herren! Bei dieser Gelegenheit muß ich aber auch den stärksten Nachdruck darauf legen, daß dieses Sanierungsprogramm nicht ausschließlich auswärtige Kredite zum Inhalte hat; mindestens eine gleichwertige Rolle wie die äußere Hilfe spielen im Programm unsere eigenen Anstrengungen, ja mehr als das: ich muß meiner Überzeugung, die ich wiederholt zum Ausdruck gebracht habe, neuerlich Ausdruck geben, daß die Rettung aus der gegenwärtigen Situation und die Gesundung unserer staatlichen und unserer Volkswirtschaft überwiegend und in erster Linie davon abhängt, daß wir selber zu tun fähig und bereit sind, was möglich ist. Das Sanierungsprogramm des Völkerbundes ist in erster Linie ein gesundes und rationelles Programm der Neuordnung unserer inneren Finanzpolitik — das deuten ja schon die Voraussetzungen an — und der Herstellung unserer Valuta; darin liegt seine Hauptbedeutung. Daß wir in dieser Beziehung wirklich sehr viel leisten können, hat unsere vom Nationalrat bisher in aufopferungsvollster Weise gebilligte und genehmigte Finanzpolitik, insbesondere die der letzten Monate, gezeigt, die nicht nur allen notwendigen und unvermeidlichen neuen Ausgaben auch die notwendigen Einnahmen gegenübergestellt hat, sondern auch sehr Bedeutendes zur Herabdrückung des Defizits geleistet hat. Wenn der Erfolg dieser unserer energischen Finanzmaßnahmen, nämlich die Einschränkung des Gebrauches der Notenpresse, allerdings durch die pessimistischen Valutaspekulationen bisher in Frage gestellt worden ist, darf das uns aber nicht davon abschrecken, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren und mit Aufgebot aller Energie eine Ausgleichung unseres Budgets anzustreben. In jedem Finanzplan, mag er beschaffen sein, wie er will, mag die äußere Hilfe welchen Raum wie immer einnehmen, wird die Stillegung der Notenpresse den ersten Platz bedeuten, und das ist ja eben das Gesunde und Rationelle an dem mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes vereinbarten Programm, daß darin die Beendigung des Gebrauches der Notenpresse den obersten Platz einnimmt und damit die Hauptvoraussetzung für die Stabilisierung der Valuta geschaffen werden soll, für die endliche Beendigung der Periode der fortwährenden Schwankungen unseres Geldwertes und der Kaufkraft der Krone, ein Moment, das in jedem vernünftigen Finanzprogramm den Schwerpunkt bilden muß. Nun ist aber auch in dieser Beziehung die Öffentlichkeit in den letzten Monaten seit der Publikation des Programms des Völkerbundes vielfach absichtlich und zum Teile unabsichtlich beunruhigt worden und wurde diesem rationellen Hauptziele unserer Finanzpolitik das Schreckgespenst einer Devalvation unserer Währungseinheit unterzuschieben versucht.

Wer sieht heute nicht, daß der Krebsschaden unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände in der Unsicherheit des Geldwertes liegt, in der traurigen Verfassung eines Geldwesens, dessen Leistungsfähigkeit nicht allein von der Höhe des staatlichen Defizits, nicht von unserer Zahlungsbilanz, von anderen normalen wirtschaftlichen Momenten abhängig ist, sondern sogar durch Stimmungsmache, durch Manipulation von Spekulanten und gewissenlosen Personen um 30, 40, 50 und mehr Prozente im Laufe kurzer Zeitspanne herabgesetzt werden kann.

Diesen Verhältnissen ein Ende zu machen, darin liegt die Bedeutung der Stabilisierung der Valuta, und dieses Ziel zu erreichen, wäre offenbar ein so kolossaler Erfolg der Finanzpolitik, daß dafür jedes Opfer gebracht werden müßte.

Es wäre daher auch meines Erachtens verfehlt, die öffentlichen Diskussionen mit Debatten, wie es schon einmal geschehen ist, über jenen Kurs anzufüllen, zu dem irgend einmal der Übergang von unserer heutigen Papierwährung zu einer künftigen Metallwährung vorgenommen werden soll. Die Regierung hat sich daher auch an diesen Diskussionen in der Öffentlichkeit, die vor wenigen Monaten in dieser Richtung stattgefunden haben, nicht beteiligt. Die Bedeutung dieser Frage, einer Frage mehr oder weniger entfernten Zukunft, tritt zurück neben der hochaktuellen Frage einer Beendigung der Kursschwankungen, die zu lösen oder deren Lösung sich anzunähern von unmittelbarster Wirkung auf Staats- und Volkswirtschaft wäre, weil damit endlich die Möglichkeit gegeben ist, zur Erhöhung der produktiven Arbeit zurückzukehren. Schließlich muß ja die Stabilisierung

des Geldwertes der Maßnahme einer Währungsänderung vorausgehen.

Bei der Verfolgung dieses Zieles ist aber eine gesunde öffentliche Meinung eine wesentliche Hauptsache. Wir müssen alle darin einig sein, daß alle Finanzmaßnahmen dem obersten Ziele, der Stillegung der Notenpresse und der Stabilisierung des Geldwertes, unterzuordnen sind. Die auswärtigen Kredite sollen uns dazu helfen und werden ganz bestimmt ein wichtiger Faktor dabei sein. Aber sie allein vermögen dies nicht zu leisten. Wir müssen die äußersten Anstrengungen machen, durch Anspannung der Steuerkräfte, durch Ausnutzung unserer eigenen Kapital- und Kreditkräfte, und durch ein ernsthaftes Ersparungssystem, namentlich in allen unser Budget im wesentlichen belastenden Punkten — und hier brauche ich Ihre Unterstützung —, um der Hauptaufgabe gerecht zu werden, nämlich der Bedeckung unserer Ausgaben durch reelle Einnahmen statt durch weiteren Druck von Scheingeld, durch dessen Ausgabe wir nur weiter den Geldwert schädigen und nur immer weiter auf der schiefen Bahn herabkommen.

Um aber alle Kräfte anzuspannen und ein solches Programm der allgemeinen Anspannung unter Opfer durchzuführen, dazu brauchen wir eine geschlossene öffentliche Meinung, die an dieses Ziel glaubt und unsere Maßnahmen kräftig unterstützt. In dieser Richtung brauchen wir Unterstützung der ganzen Öffentlichkeit, des Parlaments und der Presse. Wir müssen alle glauben, daß unser Land arbeitsfähig und lebensfähig ist und sich aus dem großen Unglück, das uns getroffen, wenn auch mit fremder Hilfe, so doch wesentlich durch seine eigene Kraft emporarbeiten kann.

Ich und die ganze Regierung sind von der Lebensfähigkeit unseres Volkes überzeugt und nur diese Überzeugung berechtigt uns, jene Opfer zu fordern, die wir in den letzten Monaten gefordert haben und noch weiter fordern müssen.

Meine Herren! Diese unsere Überzeugung war eine Hauptvoraussetzung bei der Ausarbeitung und Vereinbarung des Sanierungsprogramms. Und es ist nur zustandegekommen, weil die Regierungen der Großmächte von allem Anfang dazu geführt worden sind, die Überzeugung von der Lebensfähigkeit unseres Volkes zu teilen. Es ist doch klar, daß man große Investitionen nur einem Schuldner gibt, an dessen Fähigkeit, durch eigene Kraft, Zinsen und Kapital zu produzieren, man glaubt. Wenn wir selber fortfahren, in der Öffentlichkeit die Meinungen über unsere Lebensunfähigkeit zu dulden und den Pessimismus sich ausbreiten zu lassen, so untergraben wir jedweden Kredit im Innern und jeden Kredit, den wir uns vom Auslande erhoffen.

Es ist daher auch sehr verfehlt, in den bisherigen Steuermaßnahmen, die wir seit dem Mai beschlossen haben, einseitig eine Vorleistung zu erblicken, die wir dem Völkerbund als ein Akonto auf das Programm geleistet hätten. Wenn wir durch diese Maßnahmen die staatlichen Einnahmen um 20 oder 25 Milliarden erhöhen konnten, so haben wir damit vor allem andern unsern Kredit verbessert und bestätigt, indem wir zeigen, was wir leisten können, und nicht nur dies, auch daß wir es leisten wollen.

Und ich kann nur mit Freude nochmals bestätigen, daß allerorts gerade diese letzten Anstrengungen, die wir gemacht haben, das Vertrauen in unseren Lebenswillen und damit in unsere Kreditfähigkeit gestärkt haben.

Deshalb will und muß die Regierung auf der gleichen Linie fortfahren und ruft dazu alle Parteien zur Unterstützung auf. Wir werden damit die fortschreitende Heilung unserer Staatswirtschaft, die Erfüllung der von uns dem Völkerbund gegenüber übernommenen Verbindlichkeit erreichen. Aber — und dies ist das Allerwichtigste — wir werden damit auf unsere Fähigkeit, zu leben, und unseren Willen, zu leben, bestätigen, und dies wird für den inneren und äußeren Kredit von der allerhöchsten Bedeutung sein.

Denn auch die inneren Anleihen, die wir ins Auge fassen müssen und die eine wichtige Maßnahme bei der Sanierung sein werden, sind nur möglich, wenn die breitesten Schichten unseres Volkes von der Lebensfähigkeit des Landes und von der Ausführbarkeit des Sanierungsprogramms fest überzeugt und durchdrungen davon sind, daß dadurch, daß sie ihre Mittel dem Staate zur Verfügung stellen, die Notenpresse sistiert und die Valuta stabilisiert wird. Meine Herren und Damen! Was wir für die allernächste Zeit von außen her erwarten, ist, wie ich schon gesagt habe, zweierlei. Zunächst stelle ich noch einmal fest, daß ich die bestimmtesten Versprechungen erhalten habe, daß alles aufgeboten werden soll, um schon vor dem Vorliegen der amerikanischen formellen Aufschuberklärung ein Akonto auf die gesicherten Kredite flüssig zu machen.

Wichtiger als dies ist das zweite, nämlich der Beschluß des Kongresses über das ihm vorliegende Gesetz, betreffend die Ordnung der von Amerika den europäischen Staaten gewährten Kredite, welche Beschlußfassung nach den uns vorliegenden Mitteilungen noch Ende September oder Anfang Oktober erfolgen kann. Es ist möglich, daß wir uns, der Anregung des Finanzkomitees folgend, durch Entsendung einer besonderen Kommission nach Washington an Ort und Stelle um die Förderung der Sache bemühen werden. Auch in diesem eventuellen Schritte der Regierung wird — das möchte

ich schon heute hervorheben — kein Anlaß zu irgendeiner pessimistischen Deutung gegeben sein, denn wir haben von seiten der amerikanischen Regierung, wie ich mit Nachdruck und dankbaren Gefühls feststellen möchte, durch Vermittlung ihrer Funktionäre in Paris und Wien, die sich unserer Sache mit der größten Teilnahme und Energie annehmen, die beruhigendsten und unzweideutigsten Erklärungen bezüglich wohlwollender Behandlung unserer Sache.

Aber selbstverständlich sollen wir nichts unterlassen, was irgendwie dazu beitragen kann, unser Programm vorwärts zu bringen. Wir dürfen nicht vergessen, daß das kleine Österreich heute im Völkerkonzert eine sehr unbedeutende Rolle spielt und die Aufmerksamkeit der Großmächte durch allzuviel Gegenstände unmittelbaren Interesses in Anspruch genommen ist. Wir müssen also immer wieder darauf aufmerksam machen, daß das österreichische Problem ein Problem von europäischer Bedeutung sein kann, und daß in unserem Falle, wie die bisherige Entwicklung der Dinge gezeigt hat, Zeit in höchstem Maße Geld ist, und was uns schnell gewährt wird, einen vielfachen Wert hat. In diesem Sinne werde es aufzufassen sein, wenn wir versuchen sollten, die maßgebenden Faktoren in Washington selbst durch unmittelbare persönliche Berührung für uns zu interessieren. Doch ist es nicht nur möglich, sondern sogar, nach uns zugekommenen wohlinformierten Versicherungen, sehr wahrscheinlich, daß wir eine Nachricht über das Passieren der Bill und über die amerikanische Aufschiebung des Generalpfandrechtes erhalten, bevor noch die Regierung einen Beschluß über die eventuelle Absendung dieser Delegation gefaßt hat.

Meine Herren! Ist aber die amerikanische Zustimmung erfolgt, so wird nicht allein der temporäre Vorschuß flüssig gemacht werden können, sondern es wird auch die gesamte Sanierungsaktion, so wie sie mit dem Finanzkomitee festgelegt ist, in Angriff genommen und durchgeführt werden können. Ich kann hiebei die wertvolle Mitteilung machen, daß das Finanzkomitee sich für den Fall des Beitrittes Amerikas die Mitarbeit des führenden amerikanischen Finanzhauses zu sichern gewußt hat, so daß auch in dieser Beziehung eine neue Bürgschaft für das erfolgreiche Fortführen der ganzen Aktion gegeben ist. Ich darf auch erwähnen, daß uns unabhängig von der Aktion des Völkerbundes von verschiedenen amerikanischen Finanzkonsortien sehr weitgehende Propositionen bezüglich Kredithilfen gemacht worden sind. Dieselben haben selbstverständlich unsere ganze Aufmerksamkeit und werden weiter verfolgt werden. Da sie alle die Bestellung von Sicherheiten zur Voraussetzung haben, über die wir nicht verfügen können, bevor das Generalpfandrecht aufgehoben ist, so ist es klar, daß auch diese Projekte erst nach der amerikanischen Erklärung aktuell werden, und auch dann werden sie nur in Verbindung mit den Aktionen des Völkerbundes behandelt werden können, da die Aufhebung der Generalpfandrechte eben nur zugunsten des Aktionsprogramms des Völkerbundes erfolgt. Jedenfalls bitte ich das hohe Haus, daraus zu ersehen, daß es verschiedene Wege geben kann, auf denen wir ausländisches Kapital für uns interessieren können in jenem Zeitpunkte, wo wir einmal — und das halte ich für das allerwichtigste — mit Hilfe des Völkerbundes von der Last des Generalpfandrechtes befreit sind. Diese vielen Angebote, die uns vorliegen, sind durchaus seriöser Natur und zeigen, daß die Auffassung, es werden sich für den Wiederaufbau Österreichs die nötigen Kredite aufbringen lassen, vollberechtigt ist. Und dann werden wir mit der Sicherung ausreichender ausländischer Kredite den Aufbau der neuen Notenbank, welche die Stabilisierung der Währung sichern soll, sowie die übrigen inneren Finanzmaßnahmen ins Werk setzen können. *(Beifall.)*

Präsident: Wir kommen nunmehr zum zweiten Punkte der Tagesordnung, das ist der Bericht und Antrag des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend ein Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 1. Juli 1921 über die Führung des Bundeshaushaltes vom 1. Juli bis 31. Oktober 1921, B. G. Bl. Nr. 335, abgeändert wird *(514 der Beilagen)*.

Der gedruckte Ausschußbericht liegt noch nicht 24 Stunden im Hause auf. Ich gestatte mir auf Grund des § 37 G. O. vorzuschlagen, von der 24stündigen Frist abzusehen und den Bericht in Verhandlung zu nehmen.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche meinem Vorschlage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit meinem Vorschlage zugestimmt.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Gürtler; ich erlaube mir, ihn zu ersuchen, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Gürtler:** Hohes Haus! Der Sinn des Ihnen vorliegenden Antrages des Finanz- und Budgetausschusses ist ein eminent parlamentarischer; wir haben, die Regierung und das Parlament, den dringenden Wunsch, aus dem Stadium der ewigen Budgetprovisorien herauszukommen und endlich einmal in die Lage versetzt zu werden, ein Verwaltungsjahr mit einem genehmigten Budget zu eröffnen. Es ist nun eigentlich paradox, daß man, um zu diesem Ziele zu gelangen, die Verlängerung eines bereits bestehenden Budgetprovisoriums vorschlägt; es macht das den Eindruck, als ob man den Teufel mit Belzebub austreiben

würde, aber es ist, parlamentarisch gesehen, kein anderer Weg zu diesem Ziele, und daß wir einen solchen Weg versuchen müssen, das zeigt die kurze Geschichte des republikanischen Parlaments in diesem Staate.

Wir sind, seitdem die Republik in diesem Staate ist — und in dieser Beziehung sind wir wirklich die Rechtsnachfolger der alten Monarchie — immer mit der Budgetberatung im Rückstande gewesen. Die Beratung des Finanzgesetzes samt Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1919/20 hat im Finanz- und Budgetausschusse in 19 Sitzungen stattgefunden, die in der Zeit vom 7. Jänner bis zum 4. Februar 1920 abgehalten wurden, und die 14 Sitzungen der Konstituierenden Nationalversammlung, die die Budgetdebatte beansprucht hat, haben sich auf die Zeit vom 20. April bis 20. Mai 1920 erstreckt. Nachdem wir damals ein Verwaltungsjahr hatten, das mit dem 1. Juli begann und mit dem 30. Juni endete, war das Ende der Budgetdebatte im Hause vom Ende des Verwaltungsjahres eigentlich nur noch 40 Tage entfernt, und wir haben damals im Hause ein Budget beraten, das nur noch 40 Tage in Gültigkeit war.

Nicht viel günstiger hat sich die Situation bezüglich des Verwaltungsjahres 1920/21 gestellt. Die Beratung dieses Finanzgesetzes samt Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1920/21 hat in 19 Sitzungen des Finanz- und Budgetausschusses stattgefunden, und zwar in der Zeit vom 18. Jänner bis 17. Februar 1921, und die 11 Sitzungen des Nationalrates, die die Budgetdebatte beansprucht hat, haben in der Zeit vom 4. bis 17. März 1921 stattgefunden, also auch im III. Quartal des Verwaltungsjahres, so daß wir eigentlich auch ein Budget beraten haben, welches nur mehr ein Vierteljahr in Gültigkeit gestanden ist. Daß eine derartige Praxis auf die Art und Weise der Behandlung des Budgets post festum tatsächlich keinen günstigen Einfluß haben kann, liegt auf der Hand, und es soll daher der ernsthafte Versuch unternommen werden, es dahin zu bringen, daß wir rechtzeitig einmal zur Erledigung eines Budgets kommen, und dazu ist der jetzige Moment geeignet wie kein zweiter. Wir stehen nämlich jetzt im Stadium der Umwandlung des Verwaltungsjahrsabschnittes; wir haben früher ein Verwaltungsjahr gehabt, das am 1. Juli begonnen und am 30. Juni geendet hat. Nun sind wir wieder zum alten Brauch zurückgekehrt und nehmen ein Verwaltungsjahr, das mit dem Kalenderjahr zusammenfällt.

Daraus hat sich die Notwendigkeit ergeben, für das zweite Halbjahr 1921 ein gesondertes Budget zu erstellen. Das Finanzministerium hat dieses Budget auch vorgelegt, und es wäre jetzt an dem Finanz- und Budgetausschuß gewesen, dieses Halbjahresbudgets in Beratung zu ziehen. Es ist gar kein Grund, anzunehmen, daß diese Beratung eines halbjährigen Budgets rascher vonstatten gegangen wäre, als die Beratung eines ganzjährigen Budgets, denn nicht die Höhe der Ziffern ist für die Dauer der Beratungen entscheidend, sondern der Umfang der gesamten Materie. Es hätte sich die Situation ergeben, daß der Nationalrat selbst in die Beratung des Budgets für das Halbjahr 1921 erst am Ende dieses Halbjahres, also zu einer Zeit eingetreten wäre, wo der Bundesvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1922 schon dem Hause vorgelegen hätte, die Ziffern des alten Bundesvoranschlages für das Halbjahr 1921 infolgedessen schon durch die neuen Ziffern überholt gewesen wären. Außerdem wäre das Haus in die etwas eigenartige Situation versetzt worden, hintereinander zwei Budgetdebatten abführen zu müssen. Ein großer Teil jener Probleme, die im Rahmen einer Budgetdebatte behandelt werden sollen, können nun aber im Rahmen jeder Budgetdebatte behandelt werden, gleichgültig, für welches Verwaltungsjahr sie stattfindet. Außerdem hätte aber diese Art der Behandlung eine kolossale Belastung des Finanzministeriums und auch der übrigen Ministerien zur Folge gehabt, denn das Finanzministerium wäre ja genötigt gewesen, zu diesem vorliegenden Budget noch Nachträge zu erstellen, was wieder eine Riesenarbeit erfordert hätte. Außerdem nimmt ja die Budgetberatung speziell im Finanzausschusse die einzelnen Staatsämter und speziell das Finanzministerium sehr stark in Anspruch.

Wenn wir nun gemäß dem Antrage des Finanz- und Budgetausschusses auf die Beratung dieses Halbjahresbudgets verzichten und uns vornehmen, sofort, sobald dies möglich ist, in die Beratung des Bundesvoranschlages für das Verwaltungsjahr 1922 einzutreten, so geben wir jetzt schon dem Finanzministerium die Möglichkeit, seine ganze Energie in dieser Richtung zu entfalten und dahin zu wirken, daß dieser Bundesvoranschlag tatsächlich rechtzeitig fertig wird und das Haus zeitgemäß in die Beratung dieses wirklich aktuellen Bundesvoranschlages eintreten kann.

Es sind ja die Intentionen, die dem Antrage zugrunde gelegen haben, Raum zu schaffen für eine wirklich ernsthafte und gediegene parlamentarische Arbeit, bei der Beratung des Bundesvoranschlages im Ausschusse von den Rednern der verschiedensten Parteien sofort richtig aufgefaßt worden, und der Finanzausschuß hat sich daher mit Stimmenmehrheit der Anregung des Berichterstatters angeschlossen und hat dabei folgenden Vorgang eingeschlagen: Es ist nicht einfach zu dem Budgetprovisorium, welches mit 31. Oktober l. J. abläuft, ein neues Budgetprovisorium für die restlichen zwei Monate dieses Jahres hinzugefügt worden, und zwar aus dem Grunde, weil dann eine strenge Auseinander-

haltung der Kredite hätte stattfinden müssen, welche in dem einen und welche in dem andern Budgetprovisorium bewilligt sind und dadurch die Finanzverwaltung in gewisse Schwierigkeiten bezüglich ihrer Manipulation mit den Geldern gelangt wäre, sondern wir haben den Weg gewählt — der sich als ganz praktisch und gangbar erwiesen hat —, das bestehende Budgetprovisorium, das Gesetz vom 1. Juli 1921, B. G. Bl. Nr. 335, abzuändern, indem wir dort das Wort „Oktober" durch das Wort „Dezember" ersetzen, und indem wir weiter sinngemäß die Worte „November 1921" — in welchem der Bericht über dieses Budgetprovisorium zu erstatten gewesen wäre — durch die Worte „Jänner 1922" ersetzen, und indem wir an die Stelle der Ziffer „20.000" die Ziffer „40.000" gesetzt haben.

Es hat ja dieses erste Budgetprovisorium nur für vier Monate gegolten, das zweite Budgetprovisorium gilt für ein ganzes Halbjahr, infolgedessen war eine Erhöhung der Kreditermächtigung unbedingt geboten und außerdem hat ja auch die Entwicklung der valutarischen Verhältnisse in dieser Richtung noch gewisse Erfordernisse gezeitigt.

Ich stelle daher als Berichterstatter namens des Finanz- und Budgetausschusses den Antrag, das hohe Haus wolle dem ihm vorliegenden Entwurf eines Bundesgesetzes in der vom Finanz- und Budgetausschuß beschlossenen Fassung seine Zustimmung erteilen.

Präsident: Wenn keine Einwendung erhoben wird, so werde ich die General- und Spezialdebatte unter einem abführen. *(Niemand meldet sich.)* Es wird kein Widerspruch erhoben.

Zum Worte hat sich der Herr Bundeskanzler gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler **Schober:** Hohes Haus! Am 2. September hatte ich die Ehre, dem hohen Hause über die beklagenswerten Ereignisse zu berichten, welche sich bei der friedlichen Besetzung des Burgenlandes, die entsprechend den Vorschriften der hohen Mächte vorgenommen wurde, zugetragen haben. In der Zwischenzeit haben wir erfreuliche und unerfreuliche Momente erlebt. Neue Überfälle auf die in dem von uns besetzten Teile des Burgenlandes bereits in Dienst gestellten Gendarmerieposten haben sich zugetragen, neue Opfer der braven Sicherheitsorgane waren zu beklagen, schwere Drangsalierungen der einheimischen Bevölkerung des Burgenlandes sind vorgekommen und am 5. September hat sich in Steigerung der ungarischerseits verübten Gewalttätigkeiten eine ungarische sogenannte „Bande" von mehr als 2000 Mann auf österreichischem Boden nach Kirchschlag „verirrt" und es ist dort der heldenmütigen Haltung des zweiten Bataillons des fünften Regiments des Bundesheeres gelungen, mit schwachen Kräften diesen frevelhaften Einfall auf niederösterreichisches Gebiet, allerdings wieder mit dem Verluste braver Soldaten abzuschlagen. Diese tiefbedauerlichen Vorfälle haben die österreichische Regierung veranlaßt, im Vollgefühle ihrer Verantwortung für das Leben der Sicherheitsorgane den Rückzug der österreichischen Gendarmen aus dem von uns besetzten Teile des Burgenlandes anzuordnen.

Auf der anderen Seite kann die Regierung über zwei Noten der Entente berichten, welche eine zwar selbstverständliche, aber nach all dem, was wir erlebt haben, immerhin erfreuliche Übereinstimmung des Standpunktes der hohen Mächte mit den von der österreichischen Regierung vertretenen Grundsätzen beweisen. Insbesondere zeigt die zweite Note der Entente, welche dem ungarischen Gesandten in Paris überreicht worden ist, daß die Entente die Verantwortlichkeit der ungarischen Regierung erkannt hat und entschlossen ist, in diesem Sinne die ungarischen Regierung zur raschen Erfüllung der Verträge zu zwingen. Mit Genugtuung können wir darauf hinweisen, daß die große Entente ebenso wie die kleine Entente unseren Standpunkt billigen und daß auch nahezu die gesamte Presse des Auslandes konstatiert, daß das Recht auf Österreichs Seite sei. Bei der am letzten Sonntag in Landegg durchgeführten Besprechung mit der Interaliierten Generalmission in Ödenburg hatte ich die Genugtuung, daß auch diese für die weitere Entwicklung der burgenländischen Angelegenheit hochwichtigen Funktionäre nunmehr klar sehen und wissen, wie es in Wahrheit steht. Jedenfalls werden wir uns den neuen plan de transfert genau ansehen. Nachdem die Entente in ihrer letzten Note direkt der ungarischen Regierung die Verantwortung für die gegenwärtige Lage auferlegt, sie zur unverzüglichen Räumung der von Ungarn willkürlich geschaffenen Zone A und B der drei Komitate verhält und im Falle des Verharrens Ungarns bei seinem bisherigen Verhalten zur Anwendung jener wirtschaftlichen und sonstigen Maßnahmen sich entschlossen hat, welche geeignet sind, die Durchführung der territorialen Friedensbestimmungen zu sichern, so bleibt uns nur übrig, ruhigen Blutes abzuwarten, wie sich Ungarn den Aufträgen der Entente gegenüber verhält, und ich hoffe, ohne die Anzeichen eines Einlenkens Ungarns überschätzen zu wollen, daß auch in unserem Nachbarlande endlich die Vernunft wieder die Oberhand gewinnt und daß an Stelle der maßlosen und haßerfüllten Äußerungen, die zu uns herüberdringen, endlich auch dort das Verständnis für die freundschaftlichen Intentionen, die das deutsche Volk in Österreich sowie Parlament und Regierung stets beseelt haben, wieder zurückkehre.

Ich will es daher auch heute noch vor diesem hohen Hause vermeiden, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und jene maßlose Sprache zu führen, wie sie von ungarischer Seite gebraucht wurde, weil dies den friedlichen Absichten Österreichs widersprechen würde, und ich auf dem Standpunkte stehe, daß derjenige, welcher das Recht so unzweideutig und klar auf seiner Seite hat, keinen Anlaß hat zu sinnlosem Poltern, da dieses unveräußerliche Recht trotz aller Schwierigkeiten sich durchsetzen muß. Der schwergeprüften burgenländischen Bevölkerung, welche die Vereinigung mit Österreich begrüßt und entgegen allen Entstellungen der Wahrheit sehnsüchtig erwartet, entbietet die Regierung die Versicherung der festen Entschlossenheit für ihr Recht und für ihren Schutz entsprechend der seit 26. Juli Österreich zustehenden Souveränität über dieses Gebiet mit allem Nachdrucke einzutreten und die ungarische Regierung für jede Unbill verantwortlich zu machen, die einem Burgenländer wegen seiner Sympathie für Österreich zugefügt werden sollte. Die Regierung wird es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, dem verletzten Rechte zum Durchbruche zu verhelfen, und sie ruft den hohen Mächten zu: Eile tut not! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Mir ist ein Antrag der Herren Abgeordneten Dr. Danneberg, Kollmann, Clessin, Größbauer und Genossen überreicht worden. Er lautet *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, den in dem Entwurf des Bundes-Finanzgesetzes für das zweite Halbjahr 1921, Kapitel 34, Titel 11, für Darlehen an autonome Gebietskörperschaften vorgesehenen Betrag auf 800 Millionen Kronen zu erhöhen mit der Maßgabe, daß jene Darlehen, welche an Gemeinden mit Ausschluß der Landeshauptstädte für Zuschüsse zum Personalaufwand im Sinne der für Landeshauptstädte bestehenden Normen gegeben werden, zinsenlos auszufolgen sind.

Nach Regelung dieser Frage in dem Bundesgesetz über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sind diese Darlehen in die diesen Gemeinden für das Jahr 1921 zukommenden Beträge einzurechnen."

Der Antrag ist gehörig gezeichnet und steht in Verhandlung.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Ellenbogen.

Abgeordneter Dr. **Ellenbogen:** Hohes Haus! Zu den soeben gehörten kurzen Mitteilungen des Herrn Bundeskanzlers über die westungarische Frage möchte ich nur wenig bemerken. Wir halten den Zeitpunkt, über diese Frage ganz offen zu sprechen und das Verschulden auf allen Seiten festzustellen, noch nicht für gekommen. Dieser Zeitpunkt wird ja kommen. Was jedoch die Bemerkung des Herrn Kanzlers anbelangt, die Kommission der Herren fremdländischen Generale in Ödenburg wisse jetzt — ich habe beinahe das Wort „endlich" aus den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers herauszuhören geglaubt — wisse jetzt, was sich im Burgenlande zugetragen habe, so möchte ich dazu nur bemerken: Über das Verhalten dieser Herren Generale kann wohl keinerlei Meinungsverschiedenheit herrschen. Im allgemeinen müßte es — sollte man glauben — so erfahrenen und insbesondere militärisch erfahrenen Herren nicht schwer gewesen sein, auch früher zu wissen, was sich in Budapest ereignet hat. Und es gehört zweifellos ein großes Maß von Verkennung der Tatsachen dazu, diese uns seit Jahren genau bekannten und in ihrer Wesenheit verständlichen Ereignisse mißzuverstehen. Schon in den Berichten, die einzelne der verantwortlichen Herren an ihre Regierungen erstattet haben, hat sich seit jeher das Bestreben kundgegeben, die wirklichen Tatsachen drüben zu verkennen und es unterliegt somit gar keinem Zweifel, daß an der Verantwortung für die Morde, die an unseren Staatsangehörigen im Burgenlande verübt wurden, das größte Maß an Mitschuld diese Herren Generale trifft. *(Rufe: Sehr richtig!)* Ich hoffe, daß sie nunmehr den Einflüsterungen des Herrn Szigray nicht mehr in dem Maße zugänglich sind, weil schließlich noch der letzte Rest ihrer Reputation vor Europa in Frage steht Im übrigen aber wiederhole ich, daß uns die Zeit für eine gründliche und grundsätzliche Erörterung der Frage nicht gekommen zu sein scheint. Wir werden aber nicht versäumen, vor uns, vor dem Parlament und vor der Öffentlichkeit diese Schuld ganz genau festzustellen.

Nun möchte ich das Haus bitten, mir zu gestatten, auf die Ausführungen des Herrn Finanzministers, betreffend die Kredite, zu sprechen zu kommen. Aus seinen Ausführungen habe ich entnommen, daß er mit folgenden Resultaten seiner Bemühungen aus dem Auslande zurückgekehrt ist: Wir haben eine neuerliche Versicherung des allgemeinen Wohlwollens erhalten *(Heiterkeit)*; wir haben die weitere Versicherung bekommen, daß an unserem Auskommen nicht gezweifelt wird; eine gewisse Bereitwilligkeit, uns die „zwischenweiligen Kredite", wie das jetzt heißt, selbst ohne Deckung durch das befreite Pfandrecht zu geben, weiters eine kalendarische Feststellung, daß am 21. September der amerikanische Kongreß zusammentritt, der sich also endlich mit der Frage der Kreditbewilligung befassen wird; schließlich, daß diese Bewilligung in der Gewährung eines Darlehens von fünf Millionen

Pfund, das ist zu dem Höchststande, den unser Kurs gegenwärtig erreicht hat, etwa 25 Milliarden Kronen, was also nicht einmal den vierten Teil des normalen Bedarfes unseres Staatsbudgets ausmacht, bestehen wird. Mit Rücksicht auf die auch vom Herrn Finanzminister gekennzeichneten Erscheinungen von, sagen wir, Irreellität auf dem Geldmarkte, die sich heute überall in Österreich zeigt, will ich nicht tiefer auf die Frage eingehen. Aber ich glaube, daß die Gegenüberstellung dieser beiden Ziffern, der Höhe dieses Darlehens und der Höhe unseres Defizites, genügt, um die Frage zu beantworten, ob in der Gewährung dieses Kredites wirklich eine Lösung unserer Finanznot zu erblicken ist.

Wenn über die so überhandnehmende Spekulationswut mit Recht geklagt wird, die ihrerseits sehr wesentlich zur Devalvierung unserer Valuta beiträgt, so muß ich doch feststellen, daß an dieser Deroutierung der finanziellen Moral bei uns eine Reihe von Gruppen hier im Hause durchaus nicht unschuldig ist. Wie muß es auf die Öffentlichkeit wirken, wenn man ihr auf der einen Seite die Kredite als das Um und Auf der Rettung aus allen Nöten hinstellt, und auf der anderen Seite wiederum im Gegensatze dazu die öffentliche Meinung — ich möchte sagen — anraunzt, wenn diese Kredite nicht kommen: jetzt sind wir kaputt, jetzt ist alles verloren. Bitte, meine Herren, die christlichsoziale Partei ist gerade von diesem Wege trotz aller Warnungen unserseits, obwohl wir wiederholt diese Ansicht als falsch, als die Bevölkerung irreführend hingestellt haben, nicht abgewichen, und zwar aus parteidemagogischen Gründen. Zwei Zitate werden das beweisen — auf eine weitere Besprechung dieser Frage will ich gar nicht eingehen.

Am 25. Dezember des Jahres 1920 hat der Führer der christlichsozialen Partei, Herr Professor Seipel, in der „Reichspost" wörtlich folgendes geschrieben *(liest)*:

„Wir werden in den ersten Monaten des Jahres 1921 unsere Valuta stabilisieren." *(Heiterkeit.)*

Am 18. Jänner des Jahres 1921, also in dem ersten dieser ersten Monate, schrieben die „Wiener Stimmen", das Abendblatt der „Reichspost" *(liest)*:

„Österreich am Rande des Abgrundes." *(Neuerliche Heiterkeit.)*

Ja, ich bitte, meine Herren, wenn Sie so die Öffentlichkeit bearbeiten, wenn Sie so das Zutrauen in unsere eigene Volkswirtschaft untergraben, in unsere eigenen Fähigkeiten und in unsere eigene Pflicht, uns aus der Not herauszureißen, uns sozusagen wie Münchhausen bei dem eigenen Schopf aus dem Sumpf herauszuziehen, wenn Sie selber in unserer Bevölkerung so den Glauben untergraben, daß wir imstande wären, uns zu helfen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn die Flucht vor der Krone bis in die letzten Hütten dieses Staates gelangt ist, wenn heute sogar die Bauern zu Valutaspekulanten höheren Grades geworden sind und wenn heute überhaupt wenig Leute in Österreich zu finden sind, die sich von diesem Übel freihalten. Alle die vom Herrn Finanzminister mit Recht beklagten Erscheinungen dieser Untergrabung des Staatsbewußtseins, dieses Defizits an Gemeinsinn, das sich darin äußert, sind auf diese falsche Politik zurückzuführen.

Nun, meine Herren, haben Sie dieser ganzen Aktion der Untergrabung unseres Geldwertes auf diesem — ich möchte sagen — moralischen Wege die Krone aufgesetzt, indem Sie in einer Ihrer christlichsozialen Parteiversammlungen auch noch die Aufhebung des Legimationszwanges für Effekten verlangt haben. Ich weiß nicht, welche Vorstellungen die volkswirtschaftlichen Leuchten der christlichsozialen Partei da hatten, als sie die Valutaspekulationen förmlich in einem Atem mit der Aufhebung des Legitimationszwanges nannten. Welche Beziehungen zwischen diesen beiden nach Ihrer Meinung bestehen sollen, ist mir nicht ganz klar; ich nehme an, daß Sie sich das offenbar so vorstellen: Wenn die Leute Gelegenheit haben werden, in Effekten zu spekulieren, dann werden sie nicht mehr so in Valuten spekulieren. *(Heiterkeit.)*

Es wäre also die Ablenkung der Spielwut von den Valuten auf die Effekten; das wird vielleicht — so denke ich mir — der Gedanke des in dieser genannten Parteiversammlung gefaßten Beschlusses sein, in der auch Herr Professor Seipel einige volkswirtschaftliche Anschauungen kundgab. In Wahrheit bedeutet die Aufhebung des Legitimationszwanges nichts anderes als eine Begünstigung der Steuerdefraudanten. Diejenigen, die sich ihrer Verpflichtung, redlich zu fatieren, entziehen wollen, bekommen durch Ihren Wunsch, vom Legitimationszwang befreit zu werden, eine tatkräftige Unterstützung. Nun bedeutet die Befreiung vom Legitimationszwang, also die Herabsetzung der Summe der einzufordernden Steuern, natürlich den Zwang, die Staatsausgaben auf einem anderen Wege zu decken, das heißt wiederum eine Vermehrung der Noten, daher also wiederum eine Entwertung unseres Geldes. Sie zwingen also auf dem Wege, wenn es Ihnen wirklich gelingt, Ihre Regierung, die von Ihnen gewählt ist, einzuschüchtern und auf diesen Weg, zur Beseitigung des Legitimationszwanges für Effekten, zu bringen, wiederum Ihrerseits, den Geldwert künstlich herabzudrücken. Das Gegenteil ist zu tun. Zu dem Legitimationszwang für Effekten, der aufrechtzuerhalten ist, hat der Legitimationszwang

für Valuten zu kommen *(Zustimmung)*, und weiter hat dazuzukommen eine wirksame Durchführung von Maßnahmen gegen die Valutaschieber und gegen alle diese wilden Spekulationserscheinungen an der Börse. Die Regierung hat sich bisher mit Plakaten begnügt, mit Anschlägen an der Börse, worin sie dieses wilde und häßliche Treiben gebrandmarkt hat. Sie sagte, sie werde schon einschreiten. Ich weiß nicht, ob sie sich schon darüber klar ist, welche Mittel ihr zur Verfügung stehen; aber jedenfalls droht man nicht, wenn man nicht die Absicht hat, auch etwas Wirksames zu tun. Und etwas, was durchaus der Erwägung würdig wäre, wäre zum Beispiel die Schließung der Börse. Es wäre auch die Frage zu erwägen, ob die Regierung, wenn ich auch durchaus überzeugt bin, daß man dem Schleichhandel mit Valuten nicht bis in seine letzten Schlupfwinkel wird nachgehen können, sich nicht doch entschließen sollte, eine der bekannten Valutenbörsen, von denen sich, wie ich höre, einige am Schottenring unter den Augen der Polizeidirektion etabliert haben sollen, einmal kategorisch und gründlich auszuräuchern. Ich meine, das moralische Moment eines solchen entschiedenen Auftretens, wenn ich auch überzeugt bin, daß man nicht restlos die Frage auf dem Wege lösen kann, würde gewiß eine heilsame Bedeutung haben.

Das alles sind aber nicht die Grundfragen, darum handelt es sich nicht bei der Frage der Sanierung von Staatsfinanzen und der Rettung unserer Volkswirtschaft. Dazu gehören viel tiefer wirkende und viel gründlicher die Sache erfassende Mittel. Zunächst einige, wenn ich so sagen darf, moralische Momente. Es ist notwendig, unsere Bevölkerung zu der Erkenntnis zu erziehen, daß das Wichtigste zur Befreiung aus unserer wirtschaftlichen Not die eigene Arbeit ist, das Vertrauen zur eigenen Kraft, das Vertrauen zum eigenen Staat, zur eigenen Volkswirtschaft. Was man auf diesem Wege leisten kann, hat erst unlängst wiederum die allerdings unter sozialdemokratischer Leitung, also unter der verlästerten, im Auslande verleumdeten sozialdemokratischen Leitung stehende Stadt Wien bewiesen. Sie hat trotz allen Jammers, der ja bei uns zweifellos vorhanden ist, der wirklich da ist, trotz der Geldnot und aller übrigen Schwierigkeiten der Beschaffung des Materials sich kühn und entschlossen an das Werk gemacht und hat eine Serie von Wasserkräften, die man bisher vergebens versucht hat, mit ausländischem Kapital zu errichten, zu bauen beschlossen. 3½ Milliarden werden zu diesem Zwecke aus der eigenen Volkswirtschaft aufgebracht. Es ist nach vielen Mühen, nach vielen Arbeiten und Verhandlungen gelungen, eine solche Vereinbarung zustandezubringen.

Hohes Haus! Ich erinnere demgegenüber als Illustration des Verhaltens unserer Regierung daran, daß ich den Herrn Finanzminister unzähligemal im Finanzausschusse und hier im hohen Hause aufgefordert habe, zur Bedeckung des Bedarfes der Elektrifizierung der Staatsbahnen eine innere Anleihe aufzunehmen. Die Zaghaftigkeit des Herrn Finanzministers hat bisher die Aufnahme eines solchen Anlehens verhindert, da er mir immer entgegenwarf, ob ich den Mut habe, eine solche Anleihe aufzunehmen, da sie zweifellos mit einer Blamage enden würde. Der Herr Finanzminister mußte sich auf die gedruckten Noten, auf die Inanspruchnahme der Notenpresse zurückziehen. Die Stadt Wien hat von den Wiener Banken aber das wirkliche, lebendige Geld zugesichert bekommen, und wenn die Wiener Banken das Zutrauen zur Sache haben, hätte es wirklich der Herr Finanzminister auch haben können. Das, meine Herren und Frauen, ist der Weg, auf dem wir uns retten können. An die Arbeit schreiten, unternehmen, den Weg, die Möglichkeiten, die Mittel schaffen, um Arbeit zu leisten, uns von dem Ausland zu befreien, die Quote der Einfuhr von Rohmaterialien und Betriebsstoffen usw. herabsetzen — das ist der Weg, um unsere Zahlungs- und Handelsbilanz zu verbessern.

Die Wiener Messe, die gegenwärtig abgehalten wird, ist ein sehr erfreuliches Zeichen, daß sich die Bevölkerung von dem Mangel an Selbstvertrauen, das die Regierung kennzeichnet und in scharfem Widerspruch zu der Erklärung des Herrn Finanzministers steht, daß er an die Lebensfähigkeit dieses Staates glaube, zu emanzipieren beginnt, sie ist ein Zeichen, daß sich die Bevölkerung besser und klüger verhält als die Regierung, daß sie an ihre eigene Kraft glaubt, daß sie fleißig ist, daß sie arbeitet und aus diesem Weg aus dem Sumpf herauskommen zu können glaubt. *(Lebhafte Zustimmung.)* Glücklicherweise sind also die natürlichen Instinkte in unserer Bevölkerung noch immer lebendiger als alle schlechte Politik, die in diesem Hause gemacht wird.

Also dauernde, systematische Arbeit, das ist der Weg, auf dem wir zur Gesundheit gelangen können.

Natürlich sind das Dinge auf lange Sicht, und wenn ich solche Mittel nenne, so wird mancher von den geehrten Herren sagen: dieser Trost hilft nicht viel, wir brauchen sofort eine Hilfe. Aber, meine Herren und Frauen, das war immer der Fehler dieser Politik. Dieser Glaube, es müsse ein Wunder geschehen, es müsse über Nacht diese Rettung kommen, der ist von vornherein verfehlt. Über Nacht die Rettung zu bringen, ist unmöglich. Eine so tiefgefressene Wunde, ein Unheil nach einem solchen Krieg, nach einer solchen Zerstörung, nach einem solchen Zerfall eines alten Staates mit dem Abreißen sämtlicher Hilfsquellen — es ist ja nur der Rumpf und es sind nicht die Leben gebenden Organe in diesem Staate geblieben —, das geht nicht an

einem Tag zu reparieren, das ist wirklich ein dauernder Prozeß, der sich auf Jahrzehnte erstrecken wird. Wir müssen uns endlich einmal mit diesem Gedanken vertraut machen, und das Bemühen, der Bevölkerung den Wunderglauben beizubringen, daß diese Kredithilfe aus der Not retten wird, ist eine Irreführung.

Aber es gibt ja außer diesen allgemeinen Gesichtspunkten auch tatsächlich Mittel — wenn sie auch nicht durchschlagend sind, wie alles auf diesem Gebiete nur Stück für Stück, Reihe an Reihe wirken kann — es gibt eine Reihe von Mitteln, die auch sonst anzuwenden wären, und das ist vor allem die Serie der Erhöhungen der Staatseinkünfte, und zwar — wir müssen es immer wiederholen — an den Quellen, wo irgend etwas zu holen ist: bei den Besitzenden und nicht bei den Besitzlosen und wenn bei den Besitzenden, dann in einer unüberwälzbaren Form.

Da haben Sie zum Beispiel, hohes Haus, ein Gebiet, das zu betreten, das für die Staatsfinanzen auszunutzen die Regierungsparteien und die hohe Regierung sich absolut weigern — das ist das Gebiet des bäuerlichen Besitzes. Nach dem letzten Staatsvoranschlage wird die Grundsteuer für das letzte Halbjahr im ganzen auf 31 Millionen veranschlagt. *(Hört! Hört!)* Die Hausklassensteuer, das ist also die bäuerliche Wohnsteuer, wird mit sage und schreibe 1½ Millionen veranschlagt. *(Hört! Hört!)* Zusammen also trägt an direkten Steuern die bäuerliche Bevölkerung 32½ Millionen. Meine Herren und Damen! Das ist gegenüber dem Friedensstande der Steuer eine Verfünffachung. Die landwirtschaftlichen Produkte sind aber im Preise um das 100- bis 200fache gestiegen. Es ist also hier doch noch ein Gebiet, wo sich etwas holen läßt. Sie werden mir vielleicht sagen, das ist nicht alles, das sei eine Fälschung, und Sie werden meinen, ich hätte die Personaleinkommensteuer vergessen. Aber ich bitte, meine Herren, jedem von Ihnen ist bekannt, daß bei der Besteuerung der Katastralreinertrag bei der Einschätzung zur Einkommensteuer heute noch immer, speziell die Personaleinkommensteuer überhaupt, bei der bäuerlichen Bevölkerung keine Rolle spielt. *(Zustimmung.)* Von den 868 Millionen Veranschlagung an Personaleinkommensteuer für das jetzt abgelaufene Halbjahr glaube ich nicht, daß eine nennenswerte Anzahl von Millionen, vielleicht an den Fingern einer Hand abzuzählen, von der bäuerlichen Bevölkerung geleistet wird. *(Sehr richtig!)* Übrigens ist diese Ziffer, wie gesagt, ganz außerordentlich klein und wird gewiß im nächsten Jahre bedeutend höher sein, aber sie wird wiederum nur von den Städtern und nicht von der bäuerlichen Bevölkerung gezahlt werden. Dasselbe gilt von der Vermögensabgabe. Ich wäre den Herren von der hohen Regierung dankbar, wenn sie uns wieder einmal eine Mitteilung machen würden, wie es denn mit diesen mysteriösen Eingängen der Vermögensabgabe bei der bäuerlichen Bevölkerung steht. Die letzte Nachricht, die wir erhalten haben, war die, daß aus der städtischen Bevölkerung 6 Milliarden und aus der bäuerlichen, glaube ich, nicht einmal eine halbe Milliarde eingegangen ist. *(Hört!)* So, meine Herren, haben Sie sich bei diesen Gelegenheiten benommen; die Regierung und die Parteien haben sich hinsichtlich dieser gründlichen Besteuerung vom Besitze, der doch heute einer der wenigen ist, die etwas tragen, sehr zurückhaltend benommen. Die einzige Gelegenheit, wo man die Bauern zur stärkeren Besteuerung in einem immer noch bescheidenen Maße hätte heranziehen können — das war die Brotauflage —, haben die Regierungsparteien sogar gegen den Willen der Regierung abgelehnt. Nun, meine Herren, glauben Sie, daß die städtische Bevölkerung Ihnen da noch glauben wird, wenn Sie versichern, daß Sie Gegner der Devalvierung unserer Krone sind, glauben Sie, daß man Ihrer Beteuerung, daß Sie unsere Finanznot beseitigen wollen, Glauben schenken kann, wenn Sie alle Bestrebungen, dem Staate seine Finanznot zu erleichtern und das Geld für ihn dort zu holen, wo es zu haben ist, nicht nur sabotieren, sondern sich geradezu hindernd in den Weg stellen?

Statt aller dieser Dinge kommt nun die Regierung mit einer ganz neuen Idee, nämlich mit der Idee, wieder einmal den Brotpreis zu erhöhen. Sie hat den Vorschlag gemacht, den Laib Brot, der bisher für die Untergruppe, sagen wir rund, 15 K ausmacht, um 20 K, auf 35 K zu erhöhen. Sie will den Zuschuß des Unternehmers wöchentlich verdreifachen, von 50 auf 150, und will das Verschleißmehl per ¼ Kilogramm von 10 K 50 h auf 17 K erhöhen. Nun, meine Herren, da würde sich — rechnen Sie das nur durch — folgendes ergeben: Der einzelne Arbeiter würde per Laib 35 K, für Verschleißmehl 17 K zahlen und von der Unternehmerquote, wenn wir eine durchschnittlich dreiköpfige Familie rechnen, würden auf ihn 50 K entfallen, er würde also jetzt 102 K zu zahlen haben. Das stünde schon in einem merkwürdig unverhältnismäßigen Gegensatze zu der Quote von 127 K, die die Höchstgruppe zahlen würde. Stellen Sie sich vor, daß die halbmilliardenreichen Schieber 127 K und der besitzlose Arbeiter 102 K wöchentlich zu zahlen hat, so werden Sie mir zugeben, daß das kein Verhältnis ist, das ein redlicher Abgeordneter vor seinen Wählern verantworten kann. Aber noch viel eigentümlicher ist es, daß die Summe, die ein Angehöriger der Mittelgruppe zu zahlen haben wird, 83 K 25 h betragen wird, also noch weniger, als was die Angehörigen der Untergruppe zu zahlen

haben. *(Hört!)* Ich bitte, meine Herren, diese Neuordnung ist, wie Sie mir zugeben werden, absolut ausgeschlossen *(Sehr richtig!)* und es kann die Regierung welche Haltung immer einnehmen und welche Anstrengungen immer machen, wir erklären Ihnen, daß das durchzubringen Ihnen nicht gelingen wird *(Sehr richtig!)* und daß die einfache Majorität dieses Hauses viel zu schwach ist, um ein solches Attentat durchzusetzen. *(Lebhafter Beifall.)* Selbstverständlich ist ebenso absolut unannehmbar der Vorschlag der Herabsetzung der Quote für die Schwerarbeiter. Sie wollen diese Quote von 1¾ auf einen Laib pro Woche herabsetzen. Ja, meine Herren, was glauben Sie denn? Sie loben immer die Einsicht der österreichischen Arbeiterschaft; nachdem Sie sie jahrelang beschimpft haben, kommt endlich die Wahrheit zu Tage, auf allen Linien hört man jetzt, besonders wenn das Ausland hereinkommt und sich die tatsächlichen Verhältnisse ansieht, das Lob der österreichischen Arbeiterschaft, wie vernünftig, wie gescheit, wie maßvoll, wie bescheiden, wie einsichtig usw. die österreichischen Arbeiter sind. Ja, aber meine Herren, wie weit, glauben Sie, ist bei einem normalen Menschen die Ertragbarkeit solcher Zumutungen noch einzuschätzen? Das geht einfach nicht, das ist ganz unmöglich, daß Sie, sagen wir, für den Bergarbeiter die Schwerarbeiterquote herabsetzen; das Resultat würde nur sein, daß unsere Kohlenförderung zurückgeht *(Sehr richtig!)*, und damit würden Sie wiederum unsere Volkswirtschaft wesentlich schädigen.

Aber ich muß auch erklären, daß ich die von Ihnen geplante Erhöhung der Unternehmerquote von 50 auf 150 K im gegenwärtigen Zeitpunkte für eine ganz unmögliche Sache halte. Die Herren, die diesen Vorschlag gemacht haben, scheinen außerhalb der Welt, wenigstens außerhalb der österreichischen Welt zu leben und nicht zu wissen, was um uns herum vorgeht. Wir leben mitten in einer Weltabsatzkrise; eine Zeitlang war diese Weltabsatzkrise für uns noch eine gute Konjunktur, als wir mit unseren Gestehungskosten noch tief unter dem Weltmarktpreise standen, als dieses Schwanken der Valutenkurse noch nicht so ausgeglichen war wie heute. Nun aber ist diese schleichende Weltkrise auch an uns herangetreten, sie hat mit ihren Krallen auch uns zu erfassen begonnen und wir spüren das nun an allen Ecken und Enden. Die Automobilindustrie, die bei uns 45.000 Arbeiter beschäftigt, kann nichts mehr nach dem Auslande ausführen, das Ausland ist für sie abgesperrt. Erhöhen Sie die Lasten der Industrie um diese Quote pro Kopf, wie Sie es jetzt planen, von 50 auf 150 K, so verfallen demselben Schicksal augenblicklich die Schwachstrom-, die Starkstrom- und die Motorenindustrie. *(Sehr richtig!)*

Sie werden weiter eine ganze Anzahl von Tausenden Arbeitern arbeitslos machen. Und das geschieht in einer Zeit der allergrößten Geldknappheit, wo sich jeder Unternehmer die Füße bei seiner eigenen Bank, die ihn kontrolliert, ablaufen muß, um auch nur einen kleinen Happen Geld für die Aufrechterhaltung seines Unternehmens zu bekommen. Das geschieht in einer Zeit, wo die Banken beschlossen haben, den von ihnen kontrollierten Unternehmungen eine bestimmte absolute Lohnsumme vorzuschreiben, über die unter keinen Umständen hinausgegangen werden darf, so daß, wenn aus irgendwelchen Gründen die Löhne erhöht werden, die Zahl der Arbeiter verringert werden muß. Das geschieht in einer Zeit, wo wir, die wir eine Zeitlang gänzlich frei von Arbeitslosen waren, jetzt wiederum 28.000 Arbeitslose haben, darunter 10.000 allein in der Metallindustrie. *(Hört! Hört!)* Meine Herren! Das ist ganz unmöglich, das ist lächerlich, mit solchen Zumutungen in einer solchen Zeit zu kommen. Die Regierung muß doch schließlich eine gewisse Fühlung mit den Tatsachen haben, sie muß doch Augen im Kopfe haben und sehen, wie die Dinge bei uns stehen, und uns nicht mit solchen Zumutungen kommen. Es scheint, daß aber darüber wirklich keine Kenntnis bei den maßgebenden Stellen vorhanden ist. Sie scheinen nicht zu wissen, in welcher Gefahr wir heute schon mit unserer Industrie stehen. Wir waren eine Zeitlang die allerbilligste — das ist nicht mehr der Fall. Ein sehr großes öffentliches Unternehmen Österreichs hat ein Offert für eine bestimmte Ware ausgeschrieben. Darauf erfolgten folgende Angebote: Eine inländische Firma 17.500 K, 5 Monate lieferbar, freibleibend, das heißt also, der Preis kann unter Umständen erhöht werden; eine zweite inländische Firma 16.000 K, 5 Monate, freibleibend; eine tschecho-slowakische Firma für denselben Gegenstand 14.000 K, 2 Monate, fix; eine deutsche Unternehmung 9500 K, 2 Monate, fix. *(Hört!)* Ja, meine Herren, Sie sehen, die Konkurrenzverhältnisse für uns werden furchtbar gefährlich. Jedes Experiment, das wir heute mit der Industrie machen, muß man sich hundertmal überlegen. Nun kommt aber dazu die Geldentwertung, nun kommt dazu die Tatsache, daß die Arbeiter, ob sie wollen oder nicht, ob sie die Dinge verstehen oder nicht, gezwungen sind, wenn sie leben wollen, wiederum Lohnerhöhungen zu fordern. Ihre eigene Politik, die diese Geldentwertung — wie ich früher nachgewiesen habe — auf dem Gewissen hat, zwingt die Arbeiter, nunmehr an die Industrie mit Lohnforderungen heranzutreten. Jede solche Lohnfrage wird zu einer Katastrophe für die Industrie, und in dieser Zeit kommen Sie und wollen der Industrie auf dem Wege der Brotauflage eine Verdreifachung des Brotpreises auflasten! Das halten wir unter den gegenwärtigen Umständen für ausgeschlossen. *(Sehr richtig!)*

Nun gibt es ja noch eine Reihe anderer Fragen — wenn wir schon dieses Gebiet besprechen —, die nicht gerade sehr geschickt behandelt werden. Wir brauchen Lokomotiven- und Waggonreparaturen.

Nun höre ich, daß, ich glaube, 80 Lokomotiven ins Ausland zur Reparatur gegeben werden, obwohl wir 10.000 arbeitslose Metallarbeiter haben. Nun wird freilich von der Eisenbahnverwaltung erklärt, sie habe sich an die österreichischen Firmen gewendet, und diese seien darauf nicht eingerichtet. Bei näherem Zusehen hat sich aber herausgestellt, daß sich bei gründlichem Zureden doch einige Firmen gefunden haben, die einen Teil dieser Reparaturen übernehmen. Aber die Lösung ist einfach darin zu finden, daß eine Doppelschicht in den Eisenbahnwerkstätten eingeführt wird, so daß man also die überzähligen Metallarbeiter, die arbeitslos herumzulaufen gezwungen sind, einstellen und beschäftigen kann, und nicht gezwungen ist, unsere Krone durch Export der Fabrikation in das Ausland und Bezahlung der fremden Arbeit im Auslande wiederum weiter herabzusetzen. Ich hoffe, daß der Herr Verkehrsminister der Erkenntnis dieser Notwendigkeit und Möglichkeit, auf diesem Wege Remedur zu schaffen, sich nicht verschließen und diese Doppelschichten einführen wird.

Eine weitere bedrohliche Erscheinung, die, da ich schon vom Brot, also von Lebensmitteln gesprochen habe, in diesem Zusammenhange mit erörtert werden muß, ist die in der letzten Zeit aufgetauchte Frage der Öffnung unserer Grenzen. Ich will, meine Herren, mit Rücksicht auf die Mißdeutung, die eine solche Erörterung im Hinblick auf den Friedensvertrag erfahren könnte, nicht allzuviel davon reden, aber wenn einige westlich gelegene Länder sich einfallen lassen, von der Regierung zu verlangen, daß die Grenzen geöffnet, daß also der Viehexport heute schon erlaubt werde, freigegeben werde, so verlangen wir hier im Hause, daß sich die Regierung mit aller Entschiedenheit gegen diese Zumutung zur Wehr setze, daß sie diesem Verlangen nicht nachgebe. *(Sehr richtig!)* Fleisch ist das einzige Nahrungsmittel, das wir in größerem Maßstabe, wenn auch noch lange nicht in vollständig befriedigendem, in Österreich erzeugen. *(Zustimmung.)* Nun wollen Sie dieses einzige Nahrungsmittel, das wir autochthon schaffen, in bezug auf das wir nicht auf die Einfuhr aus dem Auslande angewiesen sind, das wir also nicht wiederum mit unseren Kronen zum Schaden ihres inneren Wertes bezahlen müssen, über die Grenzen ausführen, nun soll dieser Versuch gemacht werden, der nicht anders denn als ein Attentat auf die inländische Bevölkerung bezeichnet werden kann. *(Sehr richtig!)* Dazu kommt, daß wahrscheinlich heuer im Herbst infolge der Futtermittelnot das Fleisch billiger werden würde, weil es verkauft werden muß. Die einzige Möglichkeit für die Bevölkerung in Österreich, einmal zu billigeren Preisen Fleisch zu bekommen, wollen Sie am Ende wiederum abschneiden, indem Sie die Ausfuhr begünstigen. Dazu kommt weiters, daß wir hier in Österreich keine genügende Viehzucht haben und daß mit der Entfernung größerer Posten von Rindvieh auch die Grundlage für den Wiederaufbau unserer Milchwirtschaft beseitigt wird *(Sehr richtig!)*, kurz, eine solche Politik wäre eine Kopflosigkeit, sie wäre geradezu ein Verbrechen, und ich warne die Regierung namens unserer Partei ganz entschieden davor, diesem, wenn auch so oft wirksamen Verlangen gewisser agrarischer Kreise in den Westländern nachzugeben. *(Sehr richtig!)*

Meine Herren! So könnte ich eine ganze Reihe von Fragen besprechen, so die Fage der Staatsangestellten, ihres Abbaues, die Frage des Widerstandes gegen ihre Forderungen. Wir begreifen sehr gut, daß sich der Herr Finanzminister in einer sehr üblen Situation befindet, wenn immer neue Forderungen an ihn herantreten. Aber seien wir uns darüber klar: Solange die Krone immer tiefer sinkt, werden die Staatsangestelltenforderungen immer höher steigen. *(Sehr richtig!)* Das ist einfach ein Gesetz nach Adam Riese, das ist eine Logik der Mathematik, gegen die ja bekanntlich niemand aufkommt. Aber alle diese Dinge, alle die Schwächlichkeiten, alle die Widersprüche, die Zwecklosigkeit all der Maßnahmen, die Inhaltlosigkeit, die Richtungslosigkeit der Politik, die die Regierung in der Frage unserer Volkswirtschaft einnimmt, die sind es, die uns mit dem größten Widerstand, mit dem größten Mißtrauen erfüllen, und darum wird unsere Partei gegen dieses Budgetprovisorium stimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Dr. **Dinghofer:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Kollmann; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Kollmann:** Hohes Haus! Wir haben aus den Ausführungen des Herrn Bundesministers für Finanzen erfahren, welche Erfolge er auf seiner Reise erzielt hat. Es war ja klar, daß diese Reise in den Gemütern der Bevölkerung eine ziemliche Spannung ausgelöst hat, und viele waren der Meinung, daß die Reise nur dann einen Erfolg bringt, wenn der Herr Bundesminister gleich mit den gefüllten Koffern nach Österreich zurückkommen wird. Daß das natürlich nicht der Fall sein konnte und sein kann, ist ganz klar. Wenn wir uns aber die tatsächlichen Ergebnisse der Reise vor Augen führen, so müssen wir zugestehen, daß sie dennoch einen Erfolg gehabt hat, und zwar einen ziemlich greifbaren Erfolg. Es ist nun mit aller Bestimmtheit klargestellt, daß die Frage der Kreditgewährung an

Österreich keine Frage mehr ist, sondern eine bestimmte Sache. Wenn es auch Personen gibt, die mit Vorliebe versuchen, diese Sache aus der Welt zu schaffen, und die sich bemühen, sie so trostlos als möglich hinzustellen, so muß man dem mit aller Energie entgegentreten. Denn gerade eine solche Darstellung ist geeignet, der wilden Spekulation auf dem Gebiete des Valutenmarktes die beste Nahrung zu geben und jener Presse, wir könnnen sagen, Zuträgerdienste zu leisten, die nichts anderes zu tun hat, als bei dieser Valutenspekulation zum Schaden des Staates Österreich, zum Schaden der ganzen Bevölkerung eine fürchterliche Arbeit zu verrichten.

Meine sehr Verehrten! Der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen hat gesagt, daß die 5 Millionen Pfund nicht imstande seien, die Rettung Österreichs herbeizuführen. Gewiß, meine Herren! Es ist auch gar nicht, glaube ich, die Absicht, mit 5 Millionen Pfund Österreich zu retten. Die Kredite haben einen anderen Umfang, und wir haben schon wiederholt gehört, daß unter der Voraussetzung, daß hier in der Nationalversammlung alle jene Maßnahmen getroffen werden, die im Innern die Ordnung der Finanzen und die Aufrechterhaltung der Ruhe gewährleisten, auch die Kreditgewährung im vollen Umfange erfolgen wird. *(Abgeordneter Sever: Da müssen die Bauern auch mehr Steuern zahlen.)* Bitte, einverstanden! Ich werde der erste sein, der dafür stimmen wird. *(Abgeordneter Sever: Da werden Sie aus ihrer Partei ausgeschlossen.)* Sorgen Sie sich nicht um mich, dafür sorge ich selbst. Diese 5 Millionen Pfund, von denen hier gesprochen wird, sind ein Vorschuß auf die Kredite, der dazu dienen soll, den Staat bei der Besorgung seiner unbedingt vom Auslande zu beziehenden Kohle und Rohstoffe nicht auf den Valutenmark zu drängen, sondern ihm Gelegenheit zu geben, diese Kosten mit den Millionenvorschüssen zu decken.

Wenn der Kollege Dr. Ellenbogen sagt, daß die eigene Kraft und die Stärkung der eigenen Volkswirtschaft die richtigen und einzigen Mittel sind, um den Staat hochzubringen, so stimme ich dem vollkommen bei.

Nur dann werden wir hochkommen, wenn das Vertrauen in die eigene Kraft in alle Kreise dringt und wenn alle Kreise ohne Unterschied auch den festen Willen haben werden, mit eigener Kraft und mit Vertrauen am Wiederaufbau mitzuhelfen. *(Abgeordneter Wittternigg: Früher habt Ihr gesagt: Es muß eine bürgerliche Regierung sein!)* Die bürgerliche Regierung hat dem Staate noch nicht geschadet. Ich kann Sie versichern, daß, wenn Sie noch die Regierung hätten, die Situation eine noch bedeutend schlechtere wäre. *(Lachen.)* Darüber ist gar kein Zweifel. *(Zwischenrufe.)* Sie behaupten das eine und ich behaupte das andere. *(Abgeordneter Skaret: Schlechter ist es nicht mehr möglich!)* Ich bitte! Es hat der Herr Kollege den Ausspruch getan, es sei schlechter nicht mehr möglich. Er möge sich dorthin bemühen, wo sich die Demokratie bis zum letzten Ende ausleben kann, wo sie wirklich Gelegenheit hat, mit Ausschluß der Bourgeoisie, mit Ausschluß der bürgerlichen Gesellschaft zu arbeiten: das ist in Rußland, wo wir die Wahrnehmung machen, daß die Erfolge Ihrer Theorien die fürchterlichsten sind. *(Zwischenrufe.)*

Der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen hat auch auf die Steuergesetzgebung hingewiesen. Ich gebe ihm vollkommen recht; es wäre verfehlt, zu sagen, daß hier eine Besserung nicht notwendig ist. Sie ist notwendig, und die bürgerlichen Parteien sind auch entschlossen, wenn die Regierung die entsprechende Vorlage vorbereitet, auf diesem Wege für die Sanierung zu sorgen. Nur erwarten wir dann, daß die Herren der Sozialdemokratie nicht jene Herren sind, die sich einer solchen Aktion hemmend in den Weg stellen; denn der Unterschied zwischen den Worten und Taten ist ein ungeheurer. Der Abgeordnete Dr. Ellenbogen hat anfangs von dem Standpunkte aus: es muß das saniert werden, man muß das und jenes machen, alles mögliche angeführt, im nächsten Augenblicke aber bei einem Versuche der Regierung, die Staatsfinanzen zu entlasten, gleich den Standpunkt vertreten, daß dies unmöglich ist. *(Abgeordneter Sever: Durch Erhöhung des Brotpreises!)* Ich bitte, ich komme zur Erhöhung des Brotpreises. Die Erhöhung des Brotpreises ist keine gegen den Arbeiter gerichtete Sache. Sie ist für die Regierung eine Notwendigkeit, und ich werde Ihnen sagen, warum. Es ist ein unverständlicher Zustand, daß die Regierung für den Arbeiter des Großfabrikanten X Y das Brot bezahlt. Es ist ein unhaltbarer Zustand, und man wird es nach einiger Zeit nicht verstehen, daß das möglich war. *(Zwischenrufe.)* Man wird es nicht verstehen, daß eine Regierung, die nicht imstande ist, ihre eigenen Beamten entsprechend zu bezahlen *(Hört! Hört!)*, zur Förderung des Exportes dem Großfabrikanten das Brot für den Arbeiter bezahlt. Das wird und kann man nicht verstehen. Wir müssen hier die Wahrheit sagen. *(Ruf: Die Bauern füttern mit Getreide die Schweine! — Zwischenrufe.)* Wenn Sie sagen, die Bauern füttern mit Getreide die Schweine, so bitte ich, den betreffenden Bauern gefälligst zu bringen, und wenn er etwas getan hat, was gegen Gesetz und Recht ist, werden wir für seine Verfolgung mit Vergnügen stimmen. Aber allgemeine Bemerkungen sind unangebracht. Die Staffelung der Brotpreise wurde in einer der letzten Sitzungen des Nationalrates beschlossen und die Darstellung des Abgeordneten Eldersch von dem Verhältnis zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden ist etwas irrig

aufgebaut. Die Sache verhält sich vielmehr so, daß die Brotstaffelung für den Besitzenden die Beseitigung des gesamten staatlichen Zuschusses vorsieht, daß jenes System, wonach jeder Mensch ohne Unterschied seines Einkommens vom Staate mit Brot und Mehl subventioniert wird, endlich einmal sein Ende findet. Es wird sich niemand in Österreich finden, der diesem Grundsatze nicht voll beitritt. Es ist ein Wahnsinn, daß die Regierung den vermögenden Personen das Brot und das Mehl zum Teil bezahlt. Mit der Annahme der Brotstaffelung ist dieser Zustand endlich aus der Welt geschafft. Wenn jetzt die Verhältnisse so sind, daß der Mehlpreis ein höherer geworden ist, so trifft den Besitzenden der Brot- und Mehlpreis natürlich in einem noch höherem Maße.

Jetzt kommen wir zur niedersten Stufe. Ich gebe zu, daß bei Feststellung des Preises für die niederste Stufe eine Mehrbelastung des Arbeiters stattfinden wird. Die Mehrbelastung ist nicht bedeutend, aber es ist den Arbeitern unbenommen, sich für diese Mehrbelastung sowie für jede andere Mehrbelastung bei ihrem Arbeitgeber zu regressieren. *(Abgeordneter Wiedenhofer: Die geben nichts her, die Unternehmer! Die lassen die Arbeiter hungern! — Zwischenrufe.)* Wenn Sie dem Standpunkte des Herrn Abgeordneten Ellenbogen beipflichten, daß hier Maßnahmen gefunden werden müssen, um die innere Sanierung durchzuführen, so müssen Sie auch dem Standpunkte beipflichten, daß die Brotzahlung für die Ware, die zum Export erzeugt wird, nicht mehr von der Regierung aus Steuergeldern oder durch neugedruckte Banknoten, sondern von dem Betreffenden, der die Ware bezieht, getragen werden muß. Über diesen Standpunkt läßt sich nichts anderes sagen als das eine: Die Brotstaffelung ist ein Übergang aus der Wirtschaft, in der wir uns befinden, einer Wirtschaft, in welcher dem Staate alle Lasten aufgeladen werden, während ihm auf der anderen Seite die Möglichkeit benommen wird, eine Bedeckung zu bekommen. Diese Wirtschaft muß einmal ein Ende haben! *(Abgeordneter Sever: Kongrua!)* Die Kongrua ist eine andere Sache als das Brot. Mit genau demselben Rechte könnte man den Staat veranlassen, für den Anzug, für die Schuhe, für den Hut, für die Wäsche jedes seiner Bürger einen Beitrag zu leisten, denn derjenige, der imstande ist, sein Gewand, seine Wäsche, Schuhe, Hut, Essen und Trinken und alles übrige zu kaufen, der wird noch imstande sein, noch soviel zu verdienen, daß er sich das Brot allein kaufen kann. Im Verhältnis zum Jahresbudget ist es eine verschwindende Summe, für den Staat aber bei der Annahme, daß drei oder vier Millionen Menschen daran teilnehmen, ein ungeheurer Betrag, den aufzubringen er nicht imstande ist.

Nun, meine sehr Verehrten, wir werden ja Gelegenheit haben, in den nächsten Monaten zu sehen, ob der Herr Abgeordnete Dr. Ellenbogen bei der Beratung der kommenden Vorlagen jenes Wohlwollen und jene Unterstützung der Regierung entgegenbringen wird, die sie braucht, um innere Maßnahmen durchzuführen, die zur Gesundung des Wirtschaftslebens führen. Er hat hier etwas vorgebracht, daß sehr zum Nachdenken reizt. Er hat uns mitgeteilt, daß bei einer Offertausschreibung eine Firma eine Offerte aus dem Inlande mit zirka 17.000 K für die Einheit, fünf Monate Lieferzeit, Preis freibleibend, erhielt, eine zweite mit 16.000 K, eine tschecho-slowakische mit 14.000 K und eine reichsdeutsche mit 9000 K.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die deutsche Firma die Ware um 9000 K herzustellen in der Lage ist, wobei ihre Valuta eine ganz andere Höhe hat als die unsere, so müssen, nachdem die Fabriken von der Staatsverwaltung durch Steuern nicht überlastet sind, die Fehler anderswo stecken, aber nicht in diesem Hause und nicht bei der Regierung. Sie müssen prüfen, wo die Fehler stecken, denn Sie sind die Vertreter der Arbeiterschaft, die an der Industrie interessiert ist. Sie haben Gelegenheit, zu sagen: Ich weiß genau, daß das soviel kostet, warum kostet das aber so viel? Wenn Sie nun nachsehen, meine Herren, werden Sie so manches finden, und wenn das beseitigt würde, so wären die Preise auch nicht 17.000 und 16.000 K, sondern bedeutend niedriger, und die Konkurrenzfähigkeit wäre gegeben. *(Abgeordneter Witternigg: Was wollen Sie beseitigen? Wahrscheinlich den Achtstundentag?)* Das ist eine Frage für sich, das kommt ganz darauf an. *(Abgeordneter Sever: Oder Herabsetzung der Löhne?)* Das habe ich nicht begehrt. Ich erkläre, die Höhe des Lohnes ist für mich keine Frage, denn kein Lohn ist zu hoch, wenn die geleistete Arbeit demselben entspricht. *(Lebhafter Beifall.)* Wenn Sie noch eine Lohnerhöhung verlangen und dieser Lohnerhöhung die entsprechend höhere Arbeitsleistung gegenüberstellen, werden sowohl die Arbeiter als auch die Erzeuger und der Staat als Ganzes dabei gut fahren. Schauen Sie einmal nach, gehen Sie ein wenig mit sich ins Gewissen und prüfen Sie, meine Herren, ob nicht Ihre Theorien Dinge ausgelöst haben, die sich heute furchbar rächen, die einmal — nicht zu unserem Nachteil, aber zum Nachteil der Arbeiterschaft, zum Nachteil der Industrie und zum Nachteil der Arbeitswilligen — ausschlagen werden. *(Ruf: Welche Nachteile?)* Die Nachteile, die zur Arbeitslosigkeit führen. *(Abgeordneter Forstner: Schauen Sie sich die Arbeitswilligkeit der Arbeiter auf der Messe an! Das ist der beste Beweis!)* Aber ja, wir werden auch Exporte haben, wir werden verkaufen, aber

wenn Sie sehen, daß Deutschland um 9000 K das herstellt, was hier 16.000 K kostet, so stinkt es in der Fechtschule — ich kann es nicht anders sagen. *(Zwischenrufe. — Abgeordneter Pick: Kohle!)* Wenn Sie mir „Kohle" sagen, so weiß ich wohl, daß wir den Großteil der Kohle leider aus dem Ausland beziehen müssen; aber auch jene Bezugsstätten, die im Inland sind, liefern leider nicht die gute Qualitätskohle, die wir brauchen. Das ist bedauerlich, aber dagegen kann man nichts machen.

Nun komme ich zu einer zweiten Sache, das ist die Valuta. Ich habe schon eingangs meiner Ausführungen betont, daß die Reise des Bundesministers nach England und nach Paris großes Interesse in vielen Kreisen — man könnte sagen, in allen Kreisen — hervorgerufen hat, daß aber dieses Interesse vielfach ein rein egoistisches war und daß man gewünscht hat, der Bundesminister käme mit leeren Händen und auch ohne Aussichten zurück. Es ist dem nicht so. Trotzdem ist in einer Reihe von Blättern heute noch genau dieselbe Stimmung, die jeden Erfolg negiert, obwohl ich zugestehen muß, daß eine Reihe von Blättern auch schon vor diesem wahnsinnigen Spiele warnen, das heute getrieben wird. Es könnte uns ja ganz gleichgültig sein, was auf der Börse geschieht, wenn es nicht so tief in unser wirtschaftliches Leben einschneiden würde. Aber jede Steigerung eines ausländischen Papieres bedingt für uns eine Verteuerung der Lebenshaltung, bedingt für die Erzeugung eine Verteuerung der Rohmaterialien, eine Verteuerung der Kohle, und bezahlt muß das werden von den Konsumenten, die letzten Endes dieses Fabrikat oder Erzeugnis aufkaufen. Daß daher die Vorkommnisse auf der Börse auf dem Gebiete des Valutageschäftes heute eine schwere Schädigung des gesamten staatlichen und des gesamten Volksinteresses bedeuten, ist außer jedem Zweifel, und ich gestatte mir wohl die Frage an die hohe Regierung, ob sie nicht Mittel besitzt, diesem Treiben, diesem zerstörenden Treiben, ein Ende zu bereiten. Sei das Mittel noch so scharf, es möge Anwendung finden, wenn halbwegs Aussicht auf Erfolg besteht, damit diese Valutenspekulation, die heute entsetzlich auf uns einwirkt, endlich zum Stillstand komme. *(Abgeordneter Witternigg: Das ist ja Schwindel!)* Die Valutenspekulation? *(Abgeordneter Witternigg: Nein, Ihre Ausführungen! — Abgeordneter Weber: Sie sind stark genug, die Regierung zu zwingen, Maßnahmen zu treffen!)* Hochgeehrter Herr Kollege, ich habe, solange ich hier Gelegenheit habe, hier zu sprechen, nie und nimmer auch nur einen Ton des Pessimismus angeschlagen, aber von Ihrer Seite wird ja daran gerüttelt, daß die Regierung Erfolge hat, Sie helfen mit, das Vertrauen zu zerstören, Sie helfen, indem Sie hier sagen, der Finanzminister ist mit gar nichts gekommen, zu dieser wahnsinnigen Spekulation mit. *(Fortgesetzte Zwischenrufe des Abgeordneten Witternigg. — Rufe: Vermögensabgabe!)*

Präsident Dr. **Dinghofer:** Ich bitte, Herr Abgeordneter Witternigg, um Ruhe; Sie haben nicht das Wort.

Abgeordneter **Kollmann:** Die Vermögensabgabe wurde mit einem Betrage von 12 bis 14 Milliarden berechnet. Bis heute wurden nach meinen Informationen 9 Milliarden schon vorausbezahlt. Also gar so schrecklich ist es nicht. Es hat ein großer Teil der Bevölkerung ehrlich fatiert und auch bezahlt. Es gibt immer einzelne, die sich der Abgabe entziehen, so wie es immer Leute gibt, die sich der Arbeit entziehen. Das sind Dinge, die man nicht aus der Welt schaffen kann.

Nun, hohes Haus, komme ich zur westungarischen Frage. Die westungarische Frage hat für Österreich leider eine Leidenszeit mit sich gebracht, und so wie immer, wenn in Österreich etwas geschieht, die Bevölkerung gerne geneigt ist, stets das Schlechteste zu glauben und zu meinen, daß alle Ungeschicklichkeiten nur auf österreichischer Seite zu suchen seien, so war es auch hier der Fall. Die Sache ist in diesem Falle nicht so. Alle jene, die die Verhältnisse kennen, müssen wissen, daß an eine Eroberung des Burgenlandes nie gedacht war, alle müssen wissen, daß die ungarische Regierung die Verpflichtung hatte, das Land an die Entente zu übergeben und die Entente ihrerseits wieder die Aufgabe übernommen hat, das Land an die österreichische Regierung zu übergeben. Wenn die Machtmittel der interalliierten Kommission zu klein waren oder bisher nicht hingereicht haben, ihren Willen gegenüber Ungarn durchzusetzen, wenn dort, sei es mit Hilfe der Ungarn selbst, was ich nicht weiß, unverantwortliche Elemente eine Gegenaktion gemacht haben, der wir nichts entgegenstellen durften, weil die Überschreitung der Grenze durch österreichische Reichswehr verboten war . . . . *(Abgeordneter Tomschik: Weil Sie verlangt haben, daß die Reichswehr nicht hinein darf!)* Herr Kollege Tomschik, möchten Sie mir nicht den nennen, der das verlangt hat? *(Rufe: Sie wissen es ganz genau!)* Möchten Sie ihn mir nicht nennen? Es ist so rasch eine Behauptung aufgestellt, wenn man sie aber beweisen soll, so heißt es halt: „Weil ihr es verlangt habt." So einfach geht die Sache denn doch nicht. Nicht nur, daß wir es nicht verlangt haben, ich habe vielmehr Gelegenheit gehabt, mit dem Herrn Landeshauptmann die Grenze zu befahren, und es war ihm immer hauptsächlich darum zu tun, die Grenzen des Landes Niederösterreich geschützt zu wissen. Dabei sind die Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, sehr große, und zwar aus dem Grunde,

weil auf unserer Seite Loyalität herrscht und die strenge Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen von jedermann gefordert wird, währenddem jenseits der Grenze alles gegen Recht und Gesetz geschieht. Ich glaube aber, auch diese Frage dürfte in zufriedenstellender Weise gelöst werden, und ich hoffe, daß aus der Übernahme des Burgenlandes nicht ein ewiger Streit zwischen Österreich und Ungarn entstehen wird.

Was die Verlängerung des Budgetprovisoriums betrifft, so glaube ich, daß der vom Herrn Berichterstatter hier angeregte Vorgang tatsächlich gut und zweckmäßig ist. Er vermeidet, ich möchte sagen, die Wiederholung einer Debatte innerhalb zweier Monate, die zwecklos wäre, er erspart viel Arbeit und führt zu demselben Ziel. Wir werden daher für den Vorschlag des Herrn Berichterstatters stimmen. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident Dr. **Dinghofer:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Größbauer.

Abgeordneter **Größbauer:** Geehrter Nationalrat! Wir von der Bauernpartei begrüßen die Verlängerung des Budgetprovisoriums, denn es hat doch keinen Sinn, wenn immer in der Mitte des Jahres ein Budgetprovisorium beraten wird.

Nach den Ausführungen des Herrn Bundesministers für Finanzen müssen wir feststellen, daß wir mit dem Ergebnisse seiner Reise nicht ganz zufrieden sind. Wir hätten selbstverständlich etwas anderes erhofft. Wir hofften, daß wenigstens die Stabilität der Krone hergestellt werden würde. Das wäre ein Erfolg gewesen, wenn auch im übrigen ein Erfolg nicht ganz in Abrede zu stellen ist. Selbstverständlich hätten wir auch gewünscht, daß die Sache in rascherem Tempo geht, damit wir endlich einmal wissen, was mit unserer Krone wird. Wir glauben fest und haben es auch gesehen, daß die Regierung Schober den guten Willen hat, die Sache ins richtige Gleis zu bringen. Leider haben wir bis jetzt noch keinen handgreiflichen Erfolg gesehen. Uns erscheint es auch sehr bedenklich, daß die Regierung nicht imstande ist oder nicht den Willen zeigt, gegen die furchtbaren Börsemanöver, gegen die große Börsespekulation, endlich einmal einzuschreiten. Es ist heute hier soviel von den Valutaschiebungen gesprochen worden, aber daß die Regierung gegen diese Börsespekulation einschreitet, haben wir bis jetzt noch nicht erlebt. Wir glauben, kategorisch verlangen zu können, daß gegen diese Börsespekulation endlich etwas geschieht. Wir werden kategorisch verlangen müssen, daß die Börse, wenigstens nach der Wiener Messe, auf einige Wochen geschlossen wird, denn es ist geradezu furchtbar, was auf der Börse getrieben wird.

Es ist heute davon gesprochen worden, daß die Preise der landwirtschaftlichen Artikel so sehr in die Höhe gehen, daß sie so furchtbar hoch sind. Es wird immer ein großes Geschrei erhoben, wenn die inländischen Preise etwas steigen, wenn aber die ausländischen Waren steigen, wird wenig gesagt. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat selbst gesagt, daß das ungarische Mehl 92 K kosten soll. Wenn unsere Leute das Getreide um 30 K abliefern müssen, so ist das doch verschwindend gegen den Preis des ausländischen Mehls. Wenn der Abgeordnete Dr. Ellenbogen gesagt hat, daß der Bauer keine Steuern zahlt, daß die Landwirtschaft nichts zahlt, so fragen wir ihn: ist das keine Steuer, wenn der inländische Bauer das Getreide um 30 K abliefert, während das ausländische 92 K kostet? Ich glaube, es ist auch eine Besteuerung, und zwar eine sehr harte Besteuerung.

Es ist schon lange und von meiner Partei schon oft gesagt worden, daß mit dem fortwährenden Schuldenmachen, mit dem fortwährenden Geldausborgen und Kreditaufnehmen kein Staat gerettet wird. Wir haben schon oft gesagt, daß die Regierung sich nun endlich einmal dazu verstehen muß, mit Ersparnissen anzufangen, aber von dem Sparen spürt man nichts, es wird immer nur Geld hinausgeworfen. Es ist auch schon oft angeregt worden, daß man endlich einmal einen Abbau in der Beamtenschaft und bei den Angestellten vornehmen soll. Wir wissen ganz genau, daß die Beamten und Angestellten heute soviel bekommen müssen und wir sehen es vollständig ein, wenn sie wieder Lohnforderungen stellen, weil die Entwertung der Krone so groß und die Kaufkraft der Krone so klein ist, daß man mit weniger nicht leben kann. Aber der Staat als solcher und die Regierung hat es in der Hand, eben weniger Personen bezahlen zu müssen. Wir brauchen nicht soviel Personal und ich glaube nicht fehlzugehen, daß man noch immer genügend viel Beamte und Angestellte hat, wenn man 30 Prozent abbaut. Wenn man uns damit kommt: Ja, das geht nicht so einfach, man kann die Beamten nicht einfach auf die Straße setzen und sie brotlos machen, so frage ich: was hat man damals beim Zusammenbruch gemacht, als man die Offiziere einfach auf die Straße geworfen hat, so daß sie zu anderen Arbeiten greifen mußten?

Es waren auch brave Leute dabei und die hat man nicht gefragt, wovon sie leben werden. So kann man auch heute zu dem Beamten sagen: wir brauchen dich nicht, schau dich um ein anderes Geschäft um. Wenn der Staat immer soviel zahlt, wird nie abgebaut werden. Wenn die Ausgaben die Einnahmen weit übersteigen, so ist dies eine Unmöglichkeit und man muß verlangen, daß endlich einmal abgebaut wird. Draußen haben wir keine

Arbeitskräfte, die Produktion leidet darunter, daß sie keine Arbeitskräfte hat, aber stets spricht man von Arbeitslosen. Ja, wenn ein Mensch sich immer nur aussuchen kann, was er tun will, so wird für manchen keine Arbeit da sein; er muß eben zu anderen Berufen greifen, wie es Tausende getan haben. Darum verlangen wir, daß die Regierung sich endlich einmal ermannt und anfängt abzubauen und daß sie nicht immer wieder mehr Beamte anstellt und die verschiedenen Ämter noch vermehrt.

Es ist auch — und wir müssen es so nennen — eine Mißwirtschaft, wenn man in einem Staate, wie es die Republik Österreich ist, wo wir immer mit Defiziten kämpfen, die staatlichen Betriebe so einrichtet oder solche Maßregeln trifft, daß man noch größere Defizite hat. Ich will nur einen Betrieb herausgreifen, die Eisenbahnen. Es ist jetzt die Zahl der Freifahrer so groß geworden. Wir haben bei der Eisenbahn das größte Defizit und heute fährt fast die Hälfte umsonst. Ja, meine Herren, das kann ein Staat machen, der kein Defizit hat, aber ein Staat, der bei den Eisenbahnen ein so großes Defizit hat, dürfte keine Gratisfahrten zulassen. Derjenige, der Steuern zahlt, muß die Fahrkarte bezahlen, während der andere, der keine Steuer zahlt, auf Staatskosten umsonst fährt. Das ist durch einen Erlaß eingeführt worden und man hat die Volksvertretung gar nicht gefragt, ob man es tun darf, aber die Kredite für das Defizit bewilligen, das muß dann der Nationalrat tun.

Weiters frage ich, wann denn endlich mit den staatlichen Industrien aufgeräumt wird. Wir hören immer und auch heute noch, daß diese Betriebe ein so großes Defizit haben. Warum betreibt man denn ein Geschäft, das ein Defizit hat, warum hört man nicht auf und sperrt die Betriebe oder übergibt sie jemandem, der ein besserer Kaufmann und Geschäftsführer ist als der Staat, der von jeher der schlechteste Kaufmann war? Wir müssen darum verlangen, daß mit diesen staatlichen Industrien endlich einmal aufgehört wird.

Dr. Ellenbogen hat früher auch davon gesprochen, daß die bäuerliche Bevölkerung gewissermaßen eine Ausnahmsstellung hat. Dr. Ellenbogen hat Recht, die Landwirtschaft hat eine große Ausnahmsstellung; auf allen anderen Gebieten wird vieles verboten, die Landwirtschaft aber hat gar keinen Schutz.

Dr. Ellenbogen hat auch von der Viehausfuhr gesprochen. Uns Landwirten wäre es ganz recht, wenn wir die Viehausfuhr nicht brauchten und das Vieh im Inlande gekauft und verzehrt werden könnte. Aber sagen Sie mir, wer es uns abkaufen soll. Die österreichischen Länder sind infolge der Dürre nicht fähig, all das Vieh aufzunehmen, welches wir in den Alpenländern abstoßen müssen. Dafür kann weder Niederösterreich noch Oberösterreich etwas. Vieh ist keine Magazinsware, man kann es nicht in den Stall stellen und diesen zusperren, sondern man muß es füttern. Wir können aber nicht warten, bis das Vieh abmagert oder verhungert, denn dann gibt es für die Konsumenten auch kein Fleisch. Wenn die Regierung imstande ist, das Fleisch aufzuheben und zu konservieren, so ist es uns recht, wenn es in Österreich gegessen wird, aber wir können das Vieh nicht behalten, wir müssen es abstoßen. Wir haben aber von den Preisen gar nicht gesprochen, sondern nur gesagt, wir wollen das Vieh an den Mann bringen, weil wir es nicht weiter füttern können, und wenn die ganze Republik nicht aufnahmsfähig ist, so muß eben ein Mittel geschaffen werden, daß wir die Tiere aus dem Lande bringen. Wäre es nicht eine Sünde, wenn das Vieh hier verhungern würde, was geschehen müßte, weil nicht nur in Österreich, sondern auch anderswo Futternot herrscht. Aber die Regierung will nichts machen; bei unserem Minister für Land- und Forstwirtschaft finden wir taube Ohren, er weiß nicht, was er machen soll, er gibt uns aber nicht das Recht, das Vieh zu exportieren. Wenn vom Hinausschmuggeln gesprochen wird, so muß betont werden, daß dies gewiß niemanden einfallen würde, wenn das Vieh im Inlande aufgenommen und halbwegs bezahlt werden könnte. Die Viehpreise sind nicht hoch, sondern nur die Fleischpreise, aber dafür können wir nichts. Die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreis ist hoch, aber das ist nicht unsere, sondern das ist Sache der Regierung.

Mit der Gemeindezuwendung, die auch besprochen wurde, sind wir selbstverständlich einverstanden, wir verlangen aber, daß nicht nur gewisse große, sondern alle Gemeinden berücksichtigt werden, denn es gibt sehr kleine Gemeinden, die mit ihren Gemeindeausgaben sehr zu kämpfen haben. Warum sollen diese nichts bekommen, die genau so ihren Teil zum Staatshaushalte beitragen, wie die großen Gemeinden? Wir verlangen also, daß das allgemein gilt, das muß in allen Gemeinden der Fall sein. *(Ruf: Keine Steuern zahlen!)* Es gibt keine Gemeinde, die keine Steuern zahlt.

Wir werden für die in Verhandlung stehende Vorlage stimmen, müssen uns aber unsere endgültige Stellungnahme für die seinerzeitige Budgetberatung vorbehalten. *(Beifall.)*

Präsident Dr. **Dinghofer:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Kraft; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Kraft:** Hohes Haus! Auf dem Boden einer so schwankenden Währung ist ein Budget,

ein Haushaltungsplan des Staates, nicht zu erstellen; wir haben es auch begreiflich gefunden, daß von seiten des Referenten getrachtet wurde, einen abkürzenden Weg einzuschlagen. Der Weg, der es möglich macht, nunmehr Ordnung in unser Budget zu bringen, das Budget nicht inmitten des Jahres zu verhandeln, sondern am Ende des vorhergehenden Jahres, ist gangbar und wir schließen uns daher diesem Vorschlage an.

Es wäre aber notwendig, daß, wenn wir nunmehr unser Budget wenigstens der Zeit nach in Ordnung gebracht haben, endlich auch rechtzeitig die Rechnungslegung über dieses Budget und über unseren Staatshaushalt erfolgt. Wir sind seit dem Umsturz im Jahre 1918 drei Jahre hier versammelt, ohne irgendeine Rechnungslegung in die Hand bekommen zu haben. Der Oberste Rechnungshof hat wohl einen Bericht und dann noch einen zweiten gesandt, dieser Bericht beschäftigt sich aber nur mit den Schwierigkeiten, die hier vorliegen, um eine Rechnungslegung herzustellen, nicht aber mit dem Ziffermaterial. Wir wissen also — ich möchte sagen, wie ein nachlässiger Kaufmann — nicht, wie es mit unserer Erfolgsrechnung bestellt ist, sondern wir haben nur ein Budget gemacht, das völlig in der Luft hängt und nach keiner Richtung hin Anspruch auf Genauigkeit besitzt. Ich hoffe, daß wir mit der rechtzeitigen Herstellung des Budgets im nächsten Jahre auch zu einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung kommen.

Was nun den Bericht des Finanzministers bezüglich der Kredithilfe betrifft, so möchte ich namens meiner Partei gegenüber allen offenen oder versteckten Anschuldigungen, die hier gegen uns und vielleicht zugleich auch gegen die Parteien, welche mit uns in Gemeinschaft die Regierung gebildet haben, erhoben werden, als ob wir von jeher ganz starr auf die Kredithilfe eingestellt gewesen wären, erklären, daß dies durchaus nicht der Fall war. Die Großdeutsche Volkspartei hat von vornherein erklärt, daß ein Wiederaufbau dieses Staates fast nicht möglich erscheint. Es müßte fast mit Wundern zugehen, wenn dieser Aufbau zustandekommen würde. Wir haben unsere Hoffnung in erster und in letzter Reihe auf den Anschluß an das Deutsche Reich gesetzt. Dieser Anschluß an ein großes Reich, wo Konsumtion und Produktion sich glücklich ausgleichen — selbst wenn heute die Schwierigkeiten dieses Reiches noch beträchtliche sind — wird es allein möglich machen, daß auch Österreich zur Gesundung kommt. Die Kredithilfe ist aber trotzdem zumindest ein Übergang, der vielleicht für Österreich die Gesundung auf einige Zeit hätte in Aussicht stellen können und auch heute noch in Aussicht stellt.

Wir haben nur von vornherein daran gezweifelt, daß die Vorschüsse in so rascher Weise, wie es die Delegation des Völkerbundes hier in Aussicht gestellt hat, wirklich greifbar werden würden. Vorschüsse sind ja selbstverständlich immer schwer zu erlangen. Bevor ein Geschäft abgeschlossen ist, ist das Verlangen nach einem Vorschuß eine sehr mißliche Sache. Wir haben uns auch nicht getäuscht. Die Vorschüsse kommen erst, wie der Finanzminister meint, im günstigen Falle in der Mitte des Monats Oktober zur Geltung. Sie werden allerdings die Möglichkeit bieten, unsere zerstörte, ruinierte Valuta etwas zu bessern und wenigstens halbwegs gut in die Zeit hineinzukommen, wo die Emissionsbank und das vollständige Projekt der Kredithilfe durchwegs in Erscheinung getreten sein wird. Wir haben ja den Weg, der uns hier gezeigt wurde, den der Völkerbund angebahnt hat, den ganzen Plan und das Programm gebilligt, wenn wir uns auch nicht über die großen Schwierigkeiten hinwegtäuschen ließen, die der Entstehung einer neuen Emissionsbank im Wege stehen. Aber das eine ist sicher, daß, bevor wir nicht an die Errichtung einer Emissionsbank, an die Herstellung einer guten und zumindest längere Zeit über stabil bleibenden Währung denken können, können wir auch nicht darauf rechnen, daß wir von der Teuerung, der Erhöhung aller Löhne, von allem, was wir unter einer sogenannten Teuerungswelle verstehen, verschont sein werden. Nun ist die Kredithilfe in Aussicht gestellt und sie wird, wenn nicht alles täuscht, zumindest in Vorschüssen in den nächsten Monaten fällig werden. Ob und wann die großen zusammenhängenden Aktionen und Programmpunkte in die Erscheinung treten werden, das weiß heute niemand; es wird wahrscheinlich erst der Beginn des nächsten Jahres, vielleicht der Frühling die wirksamen Aktionen bringen, die zur Herstellung eines geordneten Geldwesens notwendig sind.

Hier möchte ich doch auf die Vorwürfe, die Kollege Ellenbogen an die Parteien der Regierung gerichtet hat, etwas zurückkommen. Ich möchte nur sagen, daß ja die Parteien seinerzeit unter Reisch und Schumpeter gewiß in der Lage gewesen wären, alle jene Steuermaßnahmen durchzuführen, die sie heute so außerordentlich scharf fordern. Wir haben damals ebenfalls erklärt, es wäre, um genügende Geldmengen aufzusaugen, notwendig, rasch ein Steuerprogramm zu verwirklichen und wir haben uns gegen gar keine Besitzsteuer gesträubt. Wir haben erklärt, daß gleichzeitig mit den Besitzsteuern aber auch die nötigen Konsumsteuern in die Wege geleitet werden müssen. Diese Konsumsteuern, die ein rasches Erfassen und Zufließen von Geldströmen ermöglichen, sind allein imstande, mit den Besitzsteuern das Budget derart zu erstellen, daß der Haushaltsplan nicht vor zu großen Defiziten steht. Nun werden wir in letzter Zeit immer darauf

verwiesen, daß die Gemeinde Wien es so außerordentlich gut versteht — und besonders Kollege Ellenbogen hat wieder darauf verwiesen, daß die Gemeinde Wien einen so ausgezeichneten Finanzreferenten hat — Ordnung in ihre Finanzen zu bringen.

Die Gemeinde Wien hat vor allem die Einnahmen ihrer Betriebe auf jene Höhe der Einnahmen durch Preiserhöhungen gebracht, die notwendig ist, um die Ausgaben zu bedecken. Wenn der Staat dies verlangt — und er hätte es von vornherein bei seinen Eisenbahnen tun können, ebenso bei seinen Betrieben und bezüglich der Konsumsteuern — so wird ihm daraus immer gleich ein Vorwurf gemacht. Bei der Gemeinde Wien ist das etwas anderes; dort wird Gewinn und Verlust, dort werden Einnahmen und Ausgaben einfach auf kaufmännischem Wege ausgeglichen, dort ist es notwendig, daß die betreffenden Einnahmen auf eine entsprechende Höhe gebracht werden, zum Beispiel bei den Trambahntarifen, der elektrischen Kraft, beim Verbrauch an Gas.

Ich bitte, das sind Lebenselemente, die jeder aus der Bevölkerung, zumindest ein großer Teil ebenso oder fast ebenso notwendig braucht wie das Essen und Trinken. Es ist also ebenfalls eine Art Konsumsteuer. Und wenn man sagt, die Stadt Wien muß entsprechend kaufmännisch arbeiten, so müssen wir sagen, der Staat muß ebenfalls kaufmännisch arbeiten und hat daher ebenfalls das Recht, die entsprechenden Erhöhungen durchzuführen. Ich bezweifle gar nicht die Genialität des Wiener Finanzministers; er versteht offenbar sein Geschäft ausgezeichnet. Aber man möge uns ebenfalls jene Mittel zu Gebote stellen, die man ihm zur Verfügung stellt, man möge es dem Staate wirklich möglich machen, ebenfalls seine Einnahmen in derselben Art zu erhöhen; dann werden wir gewiß mit einem viel kleineren Defizit herauskommen. Das Defizit der Gemeinde Wien ist ja schließlich auch nicht geschwunden. Man sagt allerdings; die städtischen Gemeinden haben nicht die Notenpresse zur Verfügung. Aber wir sehen heute, daß die verschiedenen Gemeinden wieder aus der Notenpresse dotiert werden und das ist auch notwendig. Die Gemeinde Wien bezieht einige Hundert Millionen und die anderen Städte Österreichs beziehen ebenfalls einige Hundert Millionen. Ich glaube, die ganzen Summen, welche gegenwärtig die Städte in Anspruch nehmen, beziffern sich ohne Wien auf 700 Millionen Kronen. Man kann nicht sagen, daß dem Staate allein die Notenpresse zur Verfügung steht; sie steht auch den Gemeinden und Städten in indirekter Weise zur Verfügung. Das aber, was der Gemeinde Wien zugebilligt wird, daß sie schrankenlos erhöhen darf, nur gebunden und gehemmt durch ihre Betriebsergebnisse, das muß auch dem Staate zugebilligt werden und dann wird der Staat ebenfalls mit einem bedeutend kleineren Defizit herauskommen.

Der Völkerbund verlangt Ersparungen auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens, er verlangt den Abbau des Beamtenapparates, er verlangt Ersparungen im Heereswesen, kurzum überall dort, wo wir selbst nachgewiesen haben, daß Ersparungen gemacht werden müssen. Er verlangt aber Ersparungen insbesondere dort, wo der Konsum der Bevölkerung heute noch das Budget am meisten belastet. Unser Staat ist leider derart aufgebaut, daß er zurückgeblieben ist wie ein einzelnes kleines Bauerngärtchen aus einem großen Gute und zu dem kleinen Bauerngärtchen ist noch ein großer Dampfpflug geblieben, mit dem nun dieses kleine Bauerngütchen bearbeitet wird. Es ist daher notwendig und für jeden Einsichtigen begreiflich, daß wir trachten müssen, so rasch als möglich aus diesem unsinnigen Apparat herauszukommen. Einfach wird die Sache nicht sein, aber es wird sich vielleicht schon im Verlaufe der nächsten Jahre die Möglichkeit ergeben, eine große Menge jener, die heute im Staatsbetriebe tätig sind, in den Privatbetrieb überzuführen.

Die Frage jedoch, die vom Völkerbund besonders angeschnitten wurde und die auch Kollege Ellenbogen heute erwähnt hat, betrifft die Zuschüsse zu Brot und Mehl. Wir haben schon versucht, durch das Brotpreisstaffellungsgesetz einigermaßen einen Ausgleich zu finden. Dieser Ausgleich wurde leider in eine ganz unzulängliche Form gebracht. Wenn wir gewußt hätten, daß Kollege Elderſch, dessen Partei wir ja dieses Brotpreisstaffellungsgesetz sozusagen auf den Leib geschnitten haben, zum Schluß erklären wird, daß er dagegen stimmt, so muß ich sofort erklären, daß ich meiner Partei jedenfalls den Vorschlag gemacht hätte, ebenfalls dagegen zu stimmen. Es hat keinen Sinn, jene verelendete Mittelklasse, die ein Einkommen von 30.000 bis 100.000 K hat, mit der vollen Brotquote zu bedenken und alle jene, welche ein weitaus höheres Einkommen haben, von der Brotquote zu befreien. Ich sage nicht, daß die Arbeiter aus ihren gegenwärtigen Löhnen das zu bezahlen haben. Aber im Wege der freien Lohnvereinbarung oder im Wege einer Abmachung mit dem Gewerbe und mit der Industrie wäre es gewiß möglich gewesen, eine Überwälzung von jenen Schichten durchzuführen, welche wieder den Brotpreis auf ihre Unternehmer überwälzen könnten. Denn die Form, die heute eingehalten wird, daß man den Brotpreis über die Krankenkasse führt, ist vollständig unpraktisch. Wenn der Unternehmer mit dem Brotpreis zu rechnen hat, wird er ihn eben auch in die Kalkulation seines Unternehmens einbeziehen und aus dieser Kalkulation ergibt sich dann der entsprechende Satz für Löhne und Gehalte. Jedenfalls ist es aber

richtiger, wenn jedermann selbst weiß, was er zu bezahlen hat.

Eines der großen Motive und der Hauptelemente, in deren Zeichen die heutige Debatte eingeleitet und insbesondere von Herrn Kanzler Schober fortgesetzt wurde, betrifft die letzte Situation im Burgenland.

Nicht nur menschlich, nicht nur völkerrechtlich greift hier das Problem Burgenland in unser Staatswesen ein. Die ungerechten, unmenschlichen Vorgänge in Ungarn haben Erfolge gezeitigt, die auf unser Budget nicht ohne Einfluß bleiben konnten und wenn heute unsere Krone in Zürich und Amsterdam jenen Tiefstand erreicht hat, den die letzten Ausweise tatsächlich verkünden, so ist das nicht zuletzt den Einfällen der Ungarn ins Burgenland zuzuschreiben. Es war in den verschiedenen Kreisen, aller jener, die mit Geld zu tun haben, die Meinung verbreitet, daß Österreich knapp vor einem neuen Kriege stehe. Diese Meinung hat nicht wenig auf den Kurs unserer Krone eingewirkt. Es hat auch den Anschein gehabt und ich glaube, es ist heute noch sicher — und auch von neutraler Seite wurde die Behauptung aufgestellt und durch Augenschein bekräftigt —, daß jene Elemente, die im Burgenland eine Insurrektion heraufbeschworen haben, von legitimistischen Einflüssen getrieben waren, denen Ungarn willenlos gefolgt ist. *(Sehr richtig!)* Es ist auch in Ungarn heute nicht so, daß die Regierung das machen kann, was sie machen will, sondern sie muß das machen, was sie eben machen muß. Sie ist nicht aus dem Willen des Volkes hervorgegangen, sondern hat sich selbst und freiwillig gebildet. Die ungarische Regierung setzte uns mit den burgenländischen Aktionen das Messer an die Brust. Wir selbst, durch die europäischen Regierungen gezwungen, uns wehrlos zu machen, hatten nicht die Möglichkeit, das uns zugesprochene Land für uns in Anspruch zu nehmen. Als Ungarn mit jener ungerechten Forderung an uns herantrat, Ödenburg gewissermaßen als Faustpfand zurückzubehalten, mußten wir erklären, daß ohne Ödenburg ein Burgenland für uns nicht existiere. Das Burgenland und Ödenburg gehören zusammen, so sind sie uns gegeben worden, so werden wir sie nehmen. Ich bin überzeugt, daß der Putsch in drei bis vier Wochen sein Ende erreicht haben wird. Dann wird das Burgenland jenen Anschluß an uns vollzogen haben, den wir als glückliches Omen deuten, als Zeichen, daß, so wie der Anschluß des Burgenlandes an uns geschieht, dereinst auch wir aufgehen werden im Deutschen Reich, unserem Mutterstaate. *(Heil-Rufe und Beifall.)*

Präsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Czernin.

Abgeordneter **Czernin:** Hohes Haus! Ich möchte, bevor ich auf die Ausführungen des Herrn Finanzministers zu sprechen komme, einige wenige Worte über das Exposé verlieren, welches der Herr Bundeskanzler heute über die westungarische Frage gehalten hat. Ich schicke voraus, daß ich über zwei Punkte gar nicht erst zu reden brauche, weil ich glaube, daß das nichts anderes hieße, als offene Türen einrennen. Diese zwei Punkte sind, daß erstens Ungarn sich in dieser Frage gegen jedes Völkerrecht in der unqualifizierbarsten Weise vergangen hat, daß sein Vorgehen absolut und von jedem Standpunkt aus zu verurteilen ist und daß zweitens das Recht im Sinne des Friedensvertrages selbstverständlich voll und ganz auf unserer Seite ist.

Das vorausgeschickt, frage ich mich aber, ob unser Vorgehen in der westungarischen Frage vom Anfang an klug und politisch richtig war. Nur über diesen Punkt möchte ich sprechen und da muß ich gleich sagen, daß ich die Überzeugung habe, daß das ganze ursprüngliche Aufrollen der westungarischen Frage, ich meine das Hineinziehen Westungarns in den Vertrag von Trianon, nicht dem Wohlwollen der Entente zu uns entsprang. Ich habe den Eindruck, daß eine ganz bestimmte Macht diesen westungarischen Passus in den Friedensvertrag hineingezwungen hat, nicht aus Wohlwollen für uns, nicht um eine der zahlreichen Wunden, die uns geschlagen worden sind, mit einem Pflaster zu bedecken, sondern deshalb, weil sich diese Macht vor einem späteren allzuguten Verstehen zwischen Österreich und Ungarn fürchtete, weil sie fürchtete, daß da eine Neukonstellation entstehen könnte, die, wie sie meinte, einmal wieder den Frieden Europas stören könnte, und daß sie bewußt und gewollt einen Zankapfel zwischen uns und Ungarn werfen wollte, einen Keil hineintreiben wollte zwischen uns und das ungarische Volk, bewußt und gewollt ein künstliches Elsaß-Lothringen schaffen wollte. Ich will nicht sagen, daß die ganze Entente, wie sie in Trianon versammelt war, diesem Gedankengange gefolgt ist; viele wußten wohl gar nicht genau, wo Westungarn liegt, und unterschrieben die Klausel, wie sie viele andere Klauseln unterschrieben. Aber ich behaupte, daß der Ursprung dieser ganzen Frage nicht dem Wohlwollen für uns zu verdanken ist, und da wäre es wünschenswert gewesen, wenn wir in diese Falle — denn wenn es so ist, dann ist es nichts anderes als eine Falle — nicht hineingegangen wären.

Nun gebe ich vollkommen zu — und ich möchte mich bestreben, bei der Kritik der Regierungstätigkeit jene Momente hervorzuheben, von denen ich anerkenne, daß sie die Regierungstätigkeit sehr erschwert haben —, daß eine österreichische Regierung in einer sehr schwierigen Lage ist, wenn ihr in diesem verelendeten, armen, kleinen Staate plötzlich eine Provinz angetragen wird und sie nicht sofort

zuschnappt. Sie stand unter einem starken Druck der öffentlichen Meinung und des Parlamentes und es war nicht so leicht, den Weg fortzugehen, ohne in die von der Entente gestellte Falle zu stolpern. Dennoch glaube ich, daß es möglich gewesen wäre, wenn wir, statt das Land überhaupt zu besetzen, statt Gendarmen und Beamte hineinzuschicken, uns auf den Standpunkt gestellt hätten, daß das westungarische Volk selbst zuerst über sein Schicksal urteilen soll, daß eine Volksabstimmung in Westungarn sein künftiges Schicksal entscheiden soll, und zwar nicht eine Volksabstimmung unter unserer oder ungarischer Patronanz, sondern unter neutraler, sei es amerikanischer, englischer oder was immer für einer Überwachung. Ich will nicht behaupten, daß dann die ganze Sache sich glatt entwickelt hätte. Wahrscheinlich wären dann auch Schwierigkeiten entstanden, wie es gerade das jetzige Verhalten der Ungarn zeigt, aber den einen großen Vorteil hätten wir gehabt, daß wir den Ungarn jenes Argument genommen hätten, welches immer und immer wieder ausgespielt wird, daß nämlich die ganze Bewegung, die sich dort zeigt, keine fremde, hineingetragene Bewegung sei, sondern aus Westungarn selbst hervorgehe, welches eben nicht zu uns kommen wolle. Ich bin überzeugt, daß eine solche Abstimmung wahrscheinlich ganz Westungarn, aber jedenfalls den bei weitem größten Teil Westungarns zu uns gebracht hätte, und ich hätte diesen Weg für richtig gefunden.

Noch etwas möchte ich dabei betonen. Ich weiß nicht, ob wir sehr klug handeln, meine Herren, wenn wir uns selbst permanent als Verteidiger des Friedensvertrages aufspielen. Dieser französische Frieden — es ist einerlei, ob es der oder der ist —, diese ganzen französischen Frieden sind für uns alles eher als günstig und sind vor allem in einem Punkte für uns ungünstig, den die erdrückende Majorität des Hauses wünscht, in der Anschlußfrage. Wenn wir uns immer wieder auf den Buchstaben des Fridensvertrages berufen, wenn wir immer erklären, alles müsse so sein, wie der Friedensvertrag es bestimmt, fürchte ich, präjudizieren wir unter Umständen sehr bedeutend unsere Haltung in einer anderen Richtung; denn man wird uns im gegebenen Moment erinnern und sagen, ebenso gut wie ihr euch in der westungarischen Frage streng an den Friedensvertrag gehalten habt, verlangen wir es auch in der Anschlußfrage an Deutschland. Meine Herren, ich glaube also, daß der Weg der Volksabstimmung derjenige gewesen wäre, der die relativ geringsten Schwierigkeiten zu erwarten gelassen hätte.

Unbedingt einer Meinung bin ich mit der Majorität des hohen Hauses und ebenfalls auch mit dem Herrn Sprecher der Sozialdemokraten in der letzten Debatte hierüber, daß der Weg der Gewalt zu vermeiden sei, und ich muß sagen, daß unsere Regierung diesen einzig richtigen Weg, die Gewalt so viel wie denkbar zu vermeiden, sehr klug und sehr geschickt betreten und fortgeführt hat. Das Faktum, daß Westungarn ohne weitere Volksabstimmung an uns fallen und von unseren Organen besetzt werden solle, fand die Regierung vor und soweit sie es nicht vorfand, ist schließlich nicht sie dafür verantwortlich, sondern daß dieser Weg eingeschlagen wurde, dafür ist das Parlament und der Ausschuß des Äußern verantwortlich, denn bei der Parlamentswirtschaft, die bei uns herrscht, ist die Regierung nichts anderes als das ausübende Organ des Parlamentes und des Ausschusses. Wenn man daher Vorwürfe erheben will, so darf man die Vorwürfe gar nicht gegen die Regierung richten, sondern muß sie gegen den Ausschuß für Äußeres erheben, der im permanenten Kontakte mit der Regierung war und der die Direktiven bestimmt hat. Und dieser Weg war einmal gegeben. Da finde ich nun, daß die Regierung sehr richtig vorgegangen ist, richtig darin, daß sie erstens unsere Armee gar nicht oder denkbar wenig verwendet hat, und sehr richtig darin, daß sie die Gendarmen zurückgenommen und dadurch weitere Verluste dieser viel zu schwachen und pflichttreuen Truppen vermieden hat.

Um aber noch einmal auf die Volksabstimmung zurückzukommen, so fragt es sich nun, welchen Weg wir weiter gehen? Wir alle billigen, glaube ich, das Vorgehen des Herrn Bundeskanzlers, von der Entente zu verlangen, daß sie jene Maßnahmen durchführt, welche uns schließlich und endlich in den Besitz des Burgenlandes setzen. Wir alle aber kennen die Entente und es dürfte kein übertriebener Pessimismus sein, wenn ich sage, daß das noch einige Zeit dauern könnte, bis die Entente so weit gelangt ist, und während dieser Zeit können sich noch verschiedene und unangenehme Vorfälle abspielen. Dennoch glaube ich, daß die Sache schließlich so enden wird, daß Ungarn, welches in mehr als einer Hinsicht vollkommen im Unrechte ist, sich dem Einfluß der Entente fügen und die Entente uns das Burgenland übergeben wird. Und auf die Gefahr hin, jetzt einigen Herren sehr gegen den Strich zu sprechen, möchte ich doch den Gedanken aufwerfen, ob dann nicht immer noch der Moment gekommen wäre, bevor wir das Burgenland tatsächlich in den Besitz nehmen, die Bevölkerung um ihre Meinung zu befragen. Ich sage, aus verschiedenen Gründen würde ich es für richtig halten, und ganz besonders deshalb, weil, ich wiederhole es, der Moment kommen kann, wo dadurch in einer Frage, in der uns die Volksabstimmung sehr am Herzen liegt, in der Frage des Anschlusses, vielleicht ein sehr wichtiges Präjudiz geschaffen werden kann, welches meines Erachtens immerhin bedenkliche Folgen für unsere Politik mit sich führen könnte. Wenn man diese Volksabstimmung macht und wenn man sie ernstlich will, dann, glaube

ich aber, kann man sie nur auf jenes Gebiet ausdehnen, welches im Vertrag von Trianon uns zugesprochen wurde. Ich bin an dem Punkte, daß die Volksabstimmung stattfinden soll, ganz der gleichen Meinung wie der verehrte Herr Kollege Dr. Bauer. Ich bin nicht der gleichen Meinung wie er, wenn die Nachricht richtig ist — ich weiß es nicht — daß er im Ausschuß für Äußeres den Antrag gestellt haben soll, daß diese Volksabstimmung nicht auf den im Trianoner Vertrag uns zugesprochenen Teil beschränkt, sondern auch auf gewisse übrige Gebiete ausgedehnt wird, in welchem Deutsche wohnen. Ich würde das für einen großen und schweren Fehler halten, und zwar aus einem ungeheuer naheliegenden Grunde: Wenn Ungarn und wir, also die beiden Streitteile, sich darauf einigen, daß das Volksvotum maßgebend sein soll, dann ist es nicht nur möglich, sondern sogar sehr wahrscheinlich, daß die Entente einer Änderung des Friedensvertrages unter diesen Bedingungen zustimmt; denn wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Es ist aber doch ganz ausgeschlossen, daß die Entente einer einseitig gewünschten Abänderung des Trianoner Vertrages zustimmt, und es ist ebenso ausgeschlossen, daß die Ungarn über einen Teil abstimmen lassen, der im Vertrage nicht genannt ist. Infolgedessen würde eine solche Ausdehnung des Abstimmungsgebietes dem ganzen Gedanken den Charakter des Ernstes nehmen, es würde aussehen, als ob wir etwas proponieren, wovon wir wissen, daß es nicht gemacht werden kann. Das würde ich im Interesse der Sache bedauern.

Nur noch ein kurzes Wort über die zweiten ministeriellen Ausführungen — eigentlich waren sie zeitlich die ersten —, die des Herrn Bundesministers für Finanzen.

Ich kann nicht leugnen, daß ich finde, daß der Herr Minister von einem beneidenswerten Optimismus beseelt ist, beneidenswert auch dann, wenn ich ihn für die ganze Entwicklung der Politik für richtig, für zweckmäßig und vorteilhaft halten würde. Ich kann das nicht recht glauben. Ich glaube auch nicht ganz, daß der Herr Bundesminister wirklich so optimistisch denkt, wie er heute hier gesprochen hat. Ich glaube, daß er vielleicht aus gewissen taktischen Gründen die Sache immerhin günstiger hinstellt, als sie ihm selbst erscheinen mag, und ich würde es von einem gewissen Standpunkt aus begreifen. Ich kann auch nicht recht glauben, daß, wie der Herr Bundesminister hier gesagt hat, im Auslande neben vielen gewiß gesprochenen freundlichen, wohlwollenden Worten eine Art — ich glaube, der Herr Bundesminister hat gesagt, Bewunderung für unsere Politik bestände. Meine Herren, ich bin doch auch in ziemlich starkem Kontakt mit verschiedenen Politikern des Auslandes, ich finde hie und da Wohlwollen, aber ich muß sagen: eine Bewunderung für unsere Politik habe ich bisher nicht gefunden.

Aber ich will über diese Frage, ob es nun richtig ist, den Optimismus etwas stärker aufzutragen, als er tatsächlich besteht, oder ihn etwas weniger zu unterstreichen, gar nicht lange reden. Ich möchte einen anderen Punkt betonen. Ob nun diese Kredite kommen und, wenn sie kommen, so dürften sie doch voraussichtlich, wenigstens meiner viel pessimistischeren Meinung nach, in einem Ausmaß kommen, das lange nicht hinreicht, um dieses Reich wirklich zu sanieren, sie werden kommen — das glaube ich sehr gern. Es werden ein paar Millionen zusammengebettelt werden, die es möglich machen, das äußerste zu verhüten, irgendein Loch zu stopfen und unser Leben einige Zeit weiter hinzufristen. Aber daß Kredite in solcher Höhe kommen, um ein ganz neues Fundament zu schaffen und den Aufbau des Staates durchzuführen, das glaube ich vorerst einmal nicht. Aber auch wenn es der Fall ist — und das ist der springende Punkt, von dem ich reden wollte —, auch wenn dieses Fundament geschaffen würde, ist dieser Aufbau doch nur dann möglich, wenn hier im Innern eine ganz andere Wirtschaft eintritt als die, die bisher geherrscht hat. Denn nur wenn auf diesem Fundament aufgebaut wird, wenn die Arbeit, die heute geleistet wird, in allen Schichten verdreifacht und verzehnfacht wird, dann wird es möglich sein, daß diese Kredite fruchtbringend wirken. Sonst wird alles, mögen sie sein, wie sie wollen, nichts anderes als ein Tropfen auf einen heißen Stein sein.

Auch dieser Punkt, der, weiß Gott, nichts neues enthält, ist von den meisten Herren hier bereits ziemlich deutlich hervorgehoben worden und speziell der verehrte Herr Kollege Dr. Ellenbogen hat mit einer bei einem oppositionellen Redner begreiflichen Befriedigung und Genugtuung das Ministerium vivisiziert und ihm nachgewiesen, daß es in dieser Hinsicht manche Unterlassungssünde begangen hat. Er hat da manches Richtige gesagt. Ich will ihm gar nicht des langen und breiten widersprechen, aber einen Punkt hat der Herr Kollega meiner Ansicht nach nicht genügend in den Vordergrund geschoben und das ist, meine Herren, ein furchtbar ernstes Moment.

Ich glaube nicht, daß eine Regierung, und wenn sie auch viel stärker wäre als die Regierung, die wir heute haben, bei der Konstellation, die in diesem Hause herrscht, Maßregeln von dieser Tragweite und von dieser Tiefe überhaupt treffen kann. Um was es sich dabei handelt, das haben auch die meisten Redner heute wenigstens gestreift. Es handelt sich um die eingreifendsten Maßregeln, die die Bevölkerung überhaupt treffen können. Die Fragen der Brotpreiserhöhung und des Beamtenabbaues sind Fragen, die tief eingreifen in das Getriebe des

ganzen Staates und in das Getriebe jedes einzelnen, eingreifen in das Gebiet des ganzen Lebens und jeder Familie. Das sind so tiefgreifende Veränderungen, daß eine Regierung, die die Kraft haben soll, das durchzuführen, einen ganz andern Rückhalt, eine ganz andere Autorität haben muß wie die heutige Regierung, die, wie Sie mindestens ebenso gut wissen wie ich, sich auf eine nummerisch sehr schwache Majorität stützt, und eben dadurch nicht die Kraft hat, jene Maßregeln durchzuführen. Nun fragt es sich — und ich glaube, daß auch in diesem Punkte eigentlich kein begründeter Widerspruch erfolgen könnte — ob dieser Zustand tatsächlich eine vis major ist, oder ob es ganz unmöglich ist, an dieses große, von uns allen von der Regierung verlangte große Sanierungswerk heranzutreten, und da habe ich den Eindruck, daß die parlamentarische Konstellation, wie sie heute ist — eine schwache, ich möchte fast sagen, Zufallsmajorität, eine zusammengeschweißte Majorität, die durch kein wirkliches, festes inneres Band verbunden ist, und eine sehr starke Minorität als Opposition — daß dieses parlamentarische Kräfteverhältnis dies der Regierung, weder dieser noch einer anderen Regierung jemals ermöglichen wird. Und damit komme ich zu jenem Resumé, welches ich bereits vor Jahr und Tag in diesem hohen Hause zu entwickeln die Ehre hatte und seitdem in zahlreichen Wählerversammlungen wiederholt habe: daß die richtige und natürliche Lösung die wäre, daß sich zwischen den beiden großen Parteien dieses Hauses eine Sachkoalition bilde. Ich bitte aber, mich da nicht mißzuverstehen, ich meine nicht eine Koalition wie diejenige, die wir einmal schaudernd erlebt haben, wo die Herren zusammen an den Ministertisch sich setzten ohne gemeinsammes Programm, ohne gemeinsame Absichten, ohne gemeinsame Ziele, höchstens mit der einen Absicht, sich gegenseitig hineinzulegen und auszunutzen. Das meine ich nicht, sondern ich meine eine Sachkoalition, eine Koalition, begrenzt auf ein ganz enges, auf ein genau umschriebenes wirtschaftliches Programm mit Ausschaltung, mit möglichst denkbar weitgehender Ausschaltung aller strittigen politischen Fragen, vielleicht sogar zeitlich terminiert, und eben einfach nur zu dem Zwecke, die Vorbedingungen zu schaffen, um die Kreditaktion zu ermöglichen, oder, sollten die Kredite erfolgt sein, auf dem durch die Kredite geschaffenen Fundament den Aufbau zu ermöglichen. Nun, meine hochverehrten Herren, ich fürchte sehr, dieser Gedanke wird weder heute noch überhaupt aufgenommen werden, ich fürchte sehr, die Herren von der Majorität werden ebensowenig wollen wie die Herren von der Opposition, und ich fürchte daher, daß der heutige Zustand ein fortdauernder sein wird.

Aber ich halte es für meine Pflicht, nicht den Herren hier gegenüber, sondern meinen Wählern gegenüber offen und rund herauszusagen, daß ich, wenn dieser Zustand andauert, nicht nur sehr weit von dem Optimismus des Herrn Bundesministers für Finanzen entfernt bin, sondern im Gegenteil dann allerdings zu dem allergrößten Pessimismus neige. Ich glaube nicht, daß dieses Österreich diesen Zustand dauernd noch lange verträgt, ich glaube nicht, daß dieser Zustand ins Endlose herrschen kann, ohne daß ein Katastrophe eintritt; ich glaube, daß, wenn dieser Zustand noch andauert, dieses Reich eben zerfallen wird, zerfallen in seine einzelnen Provinzen, welche dann von den Nachbarstaaten aufgesogen werden, und daß dann die längst von uns allen zeitweise gefürchtete Katastrophe eintreten wird. Es hat aber eigentlich gar keinen Zweck, lange und viel darüber zu sprechen. Es wird ja in diesem hohen Hause so entsetzlich viel gesprochen und so entsetzlich wenig getan, und ich für meinen Teil wenigstens, und wenn ich auch den zweiten Teil nicht ändern kann, will wenigstens nicht am ersten Teil mitschuldig sein und Sie durch unnütze Reden aufhalten. Aber das ist meine feste Überzeugung, die ich heute ausdrücken wollte, daß, wenn es nicht möglich ist, über die politischen Streitigkeiten und politischen Tagesfragen zu einer Einigung zu kommen und nach dieser Einigung durch einen starken, großen Block im Parlamente eine Regierung zu schaffen, die im stande ist, diese Maßregeln durchzuführen, dieses arme Österreich bald eine Erinnerung sein wird, so wie heute Österreich-Ungarn auch nur eine Erinnerung ist.

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Eldersch; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Eldersch:** Hohes Haus! Zu der Rede des Herrn Abgeordneten Czernin möchte ich folgendes bemerken: Wir sind unbedingte Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes und haben dies bei jeder Gelegenheit durch unsere Haltung ohne Rücksicht auf die gerade in Betracht kommenden Interessen bewiesen. Es erscheint uns aber sehr zweifelhaft, ob eine Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht der westungarischen Bevölkerung heute in diesem Hause sehr zweckmäßig ist. Das Wichtigste, um was es sich im gegenwärtigen Zeitpunkte handelt, ist die Räumung jenes Gebietes von Westungarn, das uns durch den Vertrag von Trianon zugesprochen ist, durch Ungarn. *(Sehr richtig!)* Dann werden wir uns mit der westungarischen Bevölkerung ins Einvernehmen setzen und den Willen dieser Bevölkerung zu erkunden suchen. Man müßte die Befürchtung hegen, daß die Rede des Herrn Abgeordneten Czernin in Ungarn gewisse Gefühle des Widerstandes *(Rufe: Hoffnungen!)* und Hoffnungen stärkt und daß uns daraus Schwierigkeiten entstehen. Aber es

beruhigt uns eine Tatsache, die zweifellos auch den Ungarn bekannt ist, daß die Partei des Herrn Abgeordneten Czernin so wenig Bekenner zählt und so wenig Einfluß im politischen Leben Österreichs hat, daß wirklich nicht angenommen werden kann, daß irgendein wesentlicher Teil der politisch denkenden Menschen in Österreich sich in jenen Gedankengängen bewegen wird.

Für seine Ratschläge in bezug auf Parteienkoalition sind wir ihm sehr dankbar *(Heiterkeit)*, wir können nur von ihnen keinen Gebrauch machen, denn wir haben in diesen Dingen einige Erfahrung. Wir sind bei dem Experimente, das wir gemacht haben, schlecht gefahren und wünschen, in keinem Falle es zu wiederholen. *(Sehr richtig!)* Es hat sich ja im Hause bei der heutigen Debatte wieder der Gegensatz zwischen uns, den Christlichsozialen und den Großdeutschen in der Behandlung der Brotfrage gezeigt. Sie wünschen und stimmen zu, daß die Arbeiter in einer unverhältnismäßig und unerträglichen Weise belastet und die besitzenden Klassen möglichst geschont werden. Da gibt es natürlich mit uns keine Vereinbarung, da kann es zwischen uns und Ihnen zu keiner Übereinstimmung kommen.

Wenn ich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kollmann reflektieren soll, so hat der Herr Abgeordnete Kollmann die Sache so dargestellt, als ob wir unbedingt dafür wären, daß der Staat auch die Kreise, die in der Lage sind, die vollen Selbstkosten für das Brot und Mehl zu bezahlen, schont, und als ob wir die Durchführung des Staffelungsgesetzes sabotieren wollten. Hohes Haus! Ich muß feststellen, daß wir eigentlich die Träger des Gedankens waren, das Brotstaffelungsgesetz zu beschließen und durchzuführen. *(Sehr richtig!)* Ich muß feststellen, daß die Herren um Herrn Kollmann herum, namentlich die Gruppe der Gewerbetreibenden, die einen großen Einfluß in der christlichsozialen Partei haben, es monatelang verhindert haben, daß es zur Beratung des Staffelungsgesetzes kommt. *(Sehr richtig!)* Wir waren uns dessen bewußt, daß die Zuschüsse des Staates zur Beschaffung der Lebensmittel herabgemindert werden müssen, aber es handelt sich natürlich bei einem solchen Abbau um das Tempo, und wir mußten alle die Hoffnung haben, daß der sukzessive Abbau in einem Zeitpunkte erfolge, wo sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bessern und der Kursstand unserer Krone hebt; an einen solchen Verfall unserer Krone hat ja vor einigen Monaten niemand noch gedacht. Sie kommen nun in einem Zeitpunkt, wo eine ganz unerträgliche und ungeahnte Teuerungswelle gegen uns heranflutet, mit Vorschlägen, die einfach für die Arbeiterschaft undiskutabel sind. *(Sehr richtig!)* Wir waren es, die verlangt haben, daß das Staffelungsgesetz gemacht wird, wir wollten nicht länger zusehen, daß Wohlhabende und Begüterte auf Kosten des Staates billigere Lebensmittel bekommen. Aber, meine Herren, was die Regierung hier vorschlägt: eine Verkürzung der Ration für die Schwerarbeiter auf das normale Maß, die Einstellung der Ergänzung der Mehlquote mit Maisgrieß, so daß die Mehlquote pro Kopf der Bevölkerung nur ein Viertelkilogramm betragen soll, dabei eine Erhöhung des Brotpreises von 15 K 40 h auf 35 K *(Hört!)*, eine Erhöhung des Verschleißmehlpreises um mehr als das Doppelte und dabei noch den Unternehmerbeitrag von 150 K pro Kopf des Beschäftigten, das sind Vorschläge, meine Herren, über die nicht zu reden ist. Dabei wird uns noch in den Mitteilungen der Regierung erzählt, daß man drei Viertel der Mehlkosten für die Broterzeugung und zwei Drittel der Kosten des Verschleißmehles dem Arbeiter schenke. Das ist nicht wahr, wie eine einfache Kalkulation beweist: Nach den Ziffern, die die Regierung über die Kosten des Brotmehles und des Verschleißmehles publiziert hat, betragen die Kosten für 900 Gramm Mehl, das notwendig ist zur Herstellung eines Brotlaibes, 68 K 40 h, die Kosten eines Viertelkilogramms Verschleißmehl 27 K; nun haben wir die Backkosten, wenn wir die Refundierung einbeziehen, die der Staat den Bäckern leistet, von 17 K 50 h und 1 K 25 h als Entschädigung für den Kleinhändler bei der Abgabe von Verschleißmehl, das ist in Summe ein Betrag von 114 K 15 h für Brot und Mehl, das allwöchentlich nach dem Vorschlage der Regierung nun eingeschränkt an die Bevölkerung abgegeben werden soll. Dem gegenüber hat der Arbeiter zu zahlen: 35 K für den Laib Brot, 10 K 25 h für das Viertelkilogramm Mehl und 50 K in der Form, daß der Unternehmer für den Kopf der Familie des Arbeiters einen solchen Betrag an Steuer leisten muß, das sind 95 K 25 h gegenüber den Gestehungskosten von 114 K 15 h. Ein so gesteigerter, ein so unvermittelter Abbau muß absolut als unerträglich bezeichnet werden. Der Preis, den der Arbeiter zu zahlen hat, ist weit höher als der Preis, den die Regierung nach ihren Vorschlägen von der Mittelgruppe, von dem Mittelstand verlangt. Daß wir einer solchen Absicht in der entschiedensten Weise Opposition machen müssen, ist selbstverständlich. Wir finden es unerhört, daß man in dem gegenwärtigen Zeitpunkt auch nur einen solchen Gedanken gefaßt hat.

Ich meine, das muß im Finanzamt ein Beamter gemacht haben, der einfach nur mit dem Stift rechnet und seinem Vorgesetzten einen Vorschlag machen will, der für den Staatsschatz recht viel einbringt. Das ist ein Vorschlag, der auf die tatsächlichen Verhältnisse keine wie immer geartete Rücksicht nimmt, und täuschen wir uns nicht: Sie

würden nicht den Mut haben, diesen Vorschlag vor der Bevölkerung zu vertreten. Es wird immer davon gesprochen, als ob die österreichische Industrie eine reine Exportindustrie wäre, und als ob die Belastung, die erfolgen soll, eine mögliche wäre, eine Belastung wäre, die man ohneweiters verfügen kann, ohne mit den Interessenten zu reden. Das, meine Herren, ist nicht wahr! Die österreichische Industrie ist nur zum Teil eine Exportindustrie, zum großen Teil dient sie zur Befriedigung der Bedürfnisse der bodenständigen Bevölkerung, und auf die wird natürlich diese Last überwälzt, dadurch werden wieder alle Bedarfsartikel verteuert werden, und die Bauern werden wieder kommen, wenn vom Getreidepreis die Rede sein wird, und uns erzählen, wie teuer sie alle Industrieartikel bezahlen müssen. So treiben Sie es zur Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel, und dagegen müssen wir auf das entschiedenste Einspruch erheben. Wir sind überzeugt, daß Sie nicht den Mut haben, dafür zu stimmen, daß es zu einer solchen Belastung nicht kommen wird und nicht kommen kann. Es ist also Demagogie, uns hier vorzuwerfen, wir seien dagegen, daß die finanziellen Verhältnisse des Staates saniert werden. Wir wehren uns nur gegen alle Maßnahmen, die unvernünftig sind. *(Abgeordneter Kollmann: Eine Fabrik mit 4000 Arbeitern bekommt auf diesem Wege 24 Millionen Subvention!)* Ich erkläre Ihnen schon, daß das nicht richtig ist, daß das nur bei der Exportindustrie zum Teil richtig ist, sofern sie in der Lage ist, im Ausland höhere Preise zu erzielen. Sie haben aber von meinem Kollegen Ellenbogen gehört, daß die Konkurrenzverhältnisse natürlich jetzt andere geworden sind, daß es jetzt schon schwieriger ist, und daß diese Preise nicht mehr zu erzielen sind, daß sie vielleicht in einem früheren Zeitpunkte zu erzielen waren. *(Zwischenruf des Abgeordneten Kollmann.)* Darüber will ich mit Ihnen nicht streiten. Rufen Sie die Interessenten zusammen, fragen Sie sie, beraten Sie sich mit ihnen, aber lassen Sie sich nicht einen solchen Vorschlag an den Kopf werfen, gegen den man in der allerentschiedensten Weise Front machen muß. *(Lebhafter Beifall. — Abgeordneter Kollmann: Warum hat man das Anbot der Unternehmer nicht angenommen?)* Haben wir Sie gehindert? Wie reden Sie eigentlich, Herr Kollege? Sie sind ja die Regierung. Sie stellen sich immer hieher auf das Podium und fragen, warum hat die Regierung das Anbot der Unternehmer, den gesamten Zuschuß zu den Lebensmitteln auf sich zu nehmen, nicht angenommen. Ich frage Sie: Warum hat die Regierung es nicht angenommen? *(Abgeordneter Kollmann: Industriekonferenz!)* Bei der Industriekonferenz war die Regierung vertreten, also warum hat die Regierung dieses Anbot nicht angenommen?

Sie stellen hier immer Fragen an die Regierung. Das haben Sie ja, Herr Kollege, gar nicht notwendig: Sie können ja der Regierung in camera caritatis Aufträge geben. Es ist ja Ihre Regierung, Sie sind ja eine Regierungspartei. Ich finde es also sehr komisch, wenn sie hier in der Rolle des Oppositionellen auftreten und fragen: Wann wird die Regierung endlich einmal gegen die Valutaschwindler einschreiten? Ja, ich bitte, ich frage auch: Wann? Die Frage ist, ob sie kann und ob sie die Mittel hat. Ich glaube, sie hat die Mittel, und die Mittel sind wirksam. Aber Sie haben doch nicht das Recht, diese Frage zu stellen, weil Sie einfach die Möglichkeit haben, durch Ihre Partei, die eine Regierungspartei ist, entsprechend auf die Regierung Einfluß zu nehmen.

Sie haben sich erlaubt, solange wir in der Regierung waren, der Bevölkerung einzureden, daß an allem Elend die Sozialdemokraten schuld sind, weil sie in der Regierung sind, obzwar Sie ja tatsächlich mitregiert haben. Nun wäre es noch schöner, wenn Sie denselben Dreh aufführen würden, wo Sie allein in der Regierung sitzen. *(Zwischenruf des Abgeordneten Kollmann.)* So naiv werden wir doch nicht sein, das zu glauben. Der Herr Kollege Kollmann hat auch gemeint: Es werden Steuervorschläge der Regierung kommen; wir werden sehen, ob die Sozialdemokraten dafür stimmen. Ja, wir werden uns die Vorschläge sehr genau anschauen, Herr Kollege Kollmann. Wenn etwa die Sanierung der Staatsfinanzen in der Weise erfolgen soll — wir haben ja schon Beispiele dafür —, daß indirekte Steuern in unerträglichem Ausmaß etwa auf die arbeitende Bevölkerung gewälzt werden sollen und man weiter die besitzenden Klassen dieses Staates und Landes schont, so werden wir natürlich gegen ein solches System auf das allerentschiedenste Einspruch erheben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir haben es gesehen, wie schwer wir es mit Ihnen bei den Verhandlungen über die Vermögensabgabe gehabt haben. Durch die Entwertung der Valuta ist diese Vermögensabgabe zu einer Farce geworden. Wir haben immer gefunden, daß Sie wohl viel von einer Sanierung der Staatsfinanzen sprechen, wenn es aber im Ernst dazu kommt, das Geld dort zu nehmen, wo es zu finden ist, Steuern, die gerecht sind, zu beschließen, dann machen Sie immer die heftigste Opposition und wollen eine einseitige Belastung der arbeitenden Klassen. Ein solches Vorgehen wird an uns immer entschiedene Gegner finden.

Präsident Dr. **Dinghofer:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Buchinger; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Buchinger:** Hohes Haus! Bei der heutigen Debatte hat es einer der Herren sozialdemokratischen Redner, der Herr Kollege Dr. Ellenbogen, für gut befunden, wie man sich landläufig ausdrückt, der Bauernschaft eins über das Ohr zu hauen. Bei der Liebe der Sozialdemokratie zum österreichischen Bauernstand wundert uns das gar nicht. Er hat die Dinge so geschildert, als ob die Landwirtschaft im Verhältnis zu anderen Bevölkerungskreisen überhaupt beinahe keine Steuern zahlt *(Zwischenrufe)*, als ob die Landwirtschaft in Österreich in einem Paradiese leben würde. Er hat richtig von den 31 Millionen Grundsteuer gesprochen. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß in einzelnen Gemeinden noch 700 bis 800 Prozent Gemeinde- und große Bezirksumlagen dazukommen. Ich bitte, die Personaleinkommensteuer! Es wurde von ihm erklärt, und als Grundlage seiner Ausführungen hingestellt, daß die Personaleinkommensteuer auf dem Katastralreinertrag aufgebaut ist. Ich muß von dieser Stelle aus betonen, daß der Katastralreinertrag nicht zur Veranlagung der Personaleinkommensteuer dient; da muß man sich schon die Formularien etwas genauer anschauen, wo von den Bauern eine genaue Buchführung und Rechnung verlangt wird. Traurig für den Landwirt, wenn er nicht eine ganz genaue Rechnung und Aufschreibung führt! Dann kommt die liebe Schätzungskommission, er kann sich nicht wehren und muß das als Steuer bezahlen, was man ihm vorschreibt. So ist die Sache mit der Personaleinkommensteuer. Die Personaleinkommensteuer ist eigentlich diejenige Steuer, welche den Bauern am allerempfindlichsten trifft; er ist oft dieser Steuer schutzlos preisgegeben.

Aber gestatten Sie mir, die Frage auch von einem anderen Gesichtspunkt aus zu beleuchten. Ich gestehe ganz offen: die städtische Bevölkerung in den großen Städten und Verkehrszentren, wo sich alles abspielt, hat ja gewiß eine höhere Vorschreibung; es ist ja auch eine bedeutend größere Bevölkerung beisammen. Und dann gestatten Sie die Frage: Welche Anforderungen werden von seiten der städtischen Bevölkerung an den Staat gestellt? Nur ein kleiner Bruchteil davon wird von der landwirtschaftlichen Bevölkerung, sei es in sozialer oder in anderer Beziehung, gestellt. Von Ihrer Seite ist es begreiflich, daß Sie den Bauernstand angreifen, aber der Bauer muß auch seine Steuer zahlen, und er bezahlt sie auch, und sie wird ihm auch entsprechend hoch vorgeschrieben.

Es wurde von einem der Herren Redner auch über die Höchstpreise gesprochen. Ich frage: Wo war der Stand, der Lebensmittel und Bedarfsartikel abgeben mußte, ohne daß ihm die Gestehungskosten dementsprechend bezahlt worden wären? Das ist auch eine Steuerleistung. *(Abgeordneter Schiegl: Kiloweise haben sie die Banknoten zu Hause!)* Der beste Beweis, daß die Banknoten kiloweise bei der Bauernschaft sind, ist der, daß unsere Kreditinstitute gerade von den Bauern bestürmt werden, die Geld brauchen, wenn sie etwas investieren wollen. Wenn sich der Bauer ein Pferd kaufen will, so muß er Schulden machen, er muß zur Raiffeisenkasse gehen, und gerade die Kreditinstitute sind es, die nicht mehr imstande sind, die Bedürfnisse der Bauern auf diesem Gebiete zu befriedigen. So steht die Sache und nicht anders. *(Zwischenrufe.)*

Nun zur Brotauflage! Es wurde heute auch verlangt, daß speziell die Bauernschaft eine höhere Brotauflage zahlen soll. Die Herren werden sich erinnern, daß gerade die Landwirtschaft eine dreifache Brotauflage zu bezahlen hatte. In erster Linie wurde im Vorjahre die Brotauflage auf den Katastralreinertrag beschlossen, in zweiter Linie wurde sie nach der Personaleinkommensteuer für eine höhere Einkommensteuergruppe bestimmt. Und die dritte Brotauflage ist eigentlich jene, welche der Landwirt für seine landwirtschaftlichen Arbeiter indirekt bezahlt hat, weil der landwirtschaftliche Arbeiter keine staatlichen Zuschüsse zur Versorgung mit Brot und Mehl hat, wie sie der städtische und industrielle Arbeiter hat. *(Zustimmung.)*

Ich will die Herren mit meinen Ausführungen nicht länger aufhalten und will nur das eine von dieser Stelle aus zum Ausdruck bringen, daß wir in erster Linie Ordnung in unserem Staatshaushalte verlangen, und daß wir fordern, daß die Einnahmen im Verhältnis zu den Ausgaben stehen sollen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; ich erkläre die Debatte für geschlossen. Der Herr Referent hat das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Gürtler:** Man wird mir nicht den Vorwurf machen können, daß ich im allgemeinen die Tendenz habe, über meine Befugnisse als Referent hinauszugehen. Ich pflege mich im allgemeinen streng an den Rahmen der mir übertragenen Aufgabe zu halten, aber nachdem wir hier eigentlich eine dreifache Debatte geführt haben und ich nur Referent für ein Drittel dieser Debatte bin, nämlich für das Budgetprovisorium, über das so ziemlich gar nichts gesprochen wurde, so wird es mir vielleicht doch gestattet sein, als Mitglied dieses Hauses Stellung zu nehmen zu einer Rede, die hier gehalten wurde, und zwar zur Hausrede des Herrn Abgeordneten Czernin. Man mag dem Herrn Bundesminister für Finanzen alles mögliche nachsagen — ich bin nicht berechtigt, das alles zu untersuchen, wieweit es richtig ist oder nicht —, aber in einem Punkte kann ich für ihn doch als Gewährsmann eintreten. Er mag sonst vielleicht

tun und lassen, was er will, das geht mich hier nichts an, aber daß der gegenwärtige Minister für Finanzen kein Schönfärber, kein Schönmaler ist, daß der Mann nicht die Fähigkeit besitzt, einen Optimismus zu heucheln, den er tatsächlich nicht hat, davon, glaube ich, sind alle Mitglieder des hohen Hauses, die Gelegenheit gehabt haben, mit dem Mann zusammenzuarbeiten, vollkommen überzeugt, und ich muß daher die höchst eigenartige Argumentation des Herrn Abgeordneten Czernin, den Herrn Bundesminister für Finanzen als einen Menschen hinzustellen, der hier ein rosiges Bild entwirft, an das er selbst nicht glaubt, auf das entschiedenste zurückweisen. *(Beifall.)*

Meine Damen und Herren! Wenn ich die Wirkung dieser Rede in den Börsenjargon übersetzen sollte, so möchte ich sagen: jetzt kann man wieder Dollar kaufen. *(Heiterkeit.)* Ich bin überzeugt, daß jene Presse, die auf alle Anregungen in einer ihr erwünschten Richtung lauert, es nicht unterlassen wird, diese Rede in einem ihr erwünschten Sinne auszunutzen und daraus Ableitungen zu ziehen, die deshalb eine gewisse Bedenklichkeit haben, weil ja nicht die heutige politische Stellung des Grafen Czernin, aber seine ehemalige politische Stellung seinen Ausführungen eine gewisse Bedeutung verleiht, die über seine heutige politische Stellung hinausgeht. Ich meine, wir können die Ausführungen des Herrn Finanzministers in gutem Glauben entgegennehmen. Er hat eigentlich das Erfreuliche, das er uns mitzuteilen hat — es ist ja nicht übermäßig viel, aber es ist doch einiges —, in einer viel zu wenig deutlichen Weise hervorgehoben und ich möchte sagen, seine Rede macht eher einen pessimistischeren Eindruck in der Art und Weise ihres Vortrages als dies gerechtfertigt ist, wenn man auf das Meritorische seiner Ausführungen eingeht. *(Sehr richtig!)* Wenn man diese Ausführungen liest und ihren Inhalt von der Art der Darstellung trennt, kommt man zu einem günstigeren Ergebnis, als man es vielleicht auf den ersten Eindruck haben möchte.

Ich habe sonst über die Debatte, die sich ja sehr wenig mit dem Budgetprovisorium beschäftigt hat, nichts zu bemerken. Ich möchte nur als Berichterstatter das hohe Haus bitten, dem Gesetzentwurfe, wie ihn der Finanzausschuß Ihnen zur Beschlußfassung vorgelegt hat, seine Zustimmung zu erteilen. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Czernin gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Czernin:** Hohes Haus! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um tatsächlich zu berichtigen, daß es mir niemals eingefallen ist, dem Herrn Bundesminister für Finanzen Heuchelei vorzuwerfen. Wenn der Herr Referent mich richtig verstanden hätte — und er wird das aus dem stenographischen Protokoll ersehen können —, habe ich nichts anderes gesagt und nichts anderes sagen wollen, als folgendes: Der Herr Bundesminister für Finanzen sieht die Situation optimistischer als ich, er hält es außerdem für die richtige Politik, die günstigen Momente zu unterstreichen und die weniger günstigen weniger zum Vorschein treten zu lassen. Ich habe sofort hinzugefügt, ich verstehe vollkommen diese Taktik, die unter Umständen berechtigt sein kann. Es ist also der Standpunkt, den ich vertrete, er mag falsch oder richtig sein, von dem persönlichen Vorwurf einer Heuchelei himmelweit entfernt und einen solchen Vorwurf gegen einen Mann von Ehre zu erheben, ist mir niemals eingefallen.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche Artikel I und II, Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. **Gürtler:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt, die dritte Lesung sofort vorzunehmen. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, welche diesem formalen Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit dem Antrage zugestimmt.

Wünscht jemand zur dritten Lesung das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Das ist nicht der Fall. Ich bitte nunmehr diejenigen Abgeordneten, welche dem Gesetze auch in dritter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat das Bundesgesetz, womit das Bundesgesetz vom 1. Juli 1921 über die Führung des Bundeshaushaltes in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 1921, B. G. Bl. Nr. 335, abgeändert wird *(gleichlautend mit 514 der Beilagen)*, auch in dritter Lesung angenommen und damit ist dieser Gesetzentwurf erledigt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Danneberg, Kollmann, Cleffin, Größbauer. Ich habe denselben bereits verlesen. Wird eine neue Verlesung gewünscht? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall. Ich bitte diejenigen

Damen und Herren, welche diesen Entschließungsantrag annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Ich schreite nunmehr zum Schlusse der Sitzung.

Ich werde folgende Regierungsvorlagen zuweisen:

Nr. 506 der Beilagen dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht;

Nr. 504, 505, 507, 510, 512 und 515 der Beilagen dem Finanz- und Budgetausschusse;

Nr. 509 der Beilagen dem Justizausschusse.

Ich werde folgende Anträge zuweisen:

Nr. 439 der Beilagen dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht;

Nr. 432, 433, 434, 438, 459, 463, 466, 484, 485, 486, 499, 500, 501, 502 und 503 der Beilagen dem Finanz- und Budgetausschusse;

Nr. 483 der Beilagen dem Justizausschusse;

Nr. 497 der Beilagen dem Ausschusse für Land- und Forstwirtschaft;

Nr. 460 der Beilagen dem Verfassungsausschusse;

Nr. 498 der Beilagen dem Ausschusse für Verkehrswesen;

Nr. 435, 436, 437, 461 und 462 der Beilagen dem Ausschusse für soziale Verwaltung.

Ich bin nicht in der Lage, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung schon heute bekanntzugeben. Ich werde daher zur nächsten Sitzung im schriftlichen Wege einladen. Wird gegen diesen Vorschlag eine Einwendung erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall; es bleibt daher bei meinem Vorschlage.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 55 Minuten abends.

Österreichische Staatsdruckerei. 57921